Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 12 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 20. Oktober 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 232**

Fort mit der Regierung der Teuerung und des Steuerraubes!

Der Preisabbauschwindel entgültig entlarvt

Als das deutsche Volk vor der Annahme des Dawes-Paktes stand, da priesen besonders die demokratischen und sozialdemokratischen Blätter, daß nach Annahme des Dawes-Paktes den deutschen Verbrauchermassen die Dawes-Sonne scheinen werde. Genau dasselbe Spiel wurde den arbeitenden Klassen aufgeführt, als Locarno auf der Tagesordnung stand. Das Geschwätz vom Preisabbau wollte kein Ende nehmen, und goldene Zeiten schienen für die großen Verbrauchermassen anzubrechen, — auf dem Papier. Kaum aber ist der Kriegspakt unter Dach und Fach gebracht, da lassen die Preisabbaudemagogen ihre Maske fallen und auf der ganzen Linie wird zum Rückzug geblasen. Nachdem die Luther-Regierung sich nicht genug tun konnte mit dem Preisabbau, erklärt heute der Vertreter der Luther-Regierung, Reichsminister Schlieben, entgegen allen früheren Proklamationen, daß **„das Preisniveau auf der heutigen Höhe festgehalten werden müsse. Damit ist der Preisabbau offiziell preisgegeben worden. Und was ist erreicht?**

Erstens: die infolge der guten Ernte zu erwartende Preissenkung **ist verhindert** worden.

Zweitens: sogar die in den Herbstmonaten alljährlich **auftretende sogenannte Saison-Preissenkung ist verhindert.**

Drittens: die durchschnittlich 40 Prozent zu tief liegenden Löhne **sind gehalten** und in vielen Branchen durch **langfristige Tarife bis ins nächste Frühjahr hinein festgelegt worden.**

Was hat diese Tatsache für das Gros der Arbeitnehmer zu bedeuten? Auf dem Gewerkschaftskongreß des ADGB. hielt der Professor Dr. Hermsberg einen langatmigen Vortrag, der an einigen Stellen trotzdem sehr interessant war. Er teilte mit, daß **die deutschen Unternehmer allein 8 Milliarden Mark pro Jahr an der Senkung des Reallohnes gegenüber den Vorkriegslöhnen verdienen.** Man kommt sogar zu höheren Zahlen, wenn man im Vergleich zum Reallohn der Friedenszeit die heutigen ausbezahlten Stundenlöhne im Durchschnitt als mit 30 Pfennig zu niedrig ansetzt. **Bei achtstündiger Arbeitszeit bedeutet das pro Arbeitnehmer einen Ausfall von 2,40 Mark den Tag, bei dem Gros der Arbeitnehmer, das mit 15 Millionen eher zu niedrig als zu hoch angesetzt ist, 36 Millionen Mark pro Tag.** Im Jahr würde dies eine Summe von mehr als 10 Milliarden ausmachen, um die das Gros der Arbeitnehmer gegenüber dem Friedensreallohn betrogen wird.

Diese Berechnungen sind aber nur insoweit richtig, als das heutige Preisniveau sich hält. Sobald die Preise weiter steigen — und alle Momente sprechen dafür —, wird die Summe von 10 Milliarden, die man den Arbeitnehmern abgepreßt hat, noch höher werden. Daß dies eintreten wird, weiß die Regierung sehr wohl, und sie versucht deshalb, die Schuld an den Preissenkungen einerseits den kleinen Händlern aufzubürden, indem sie die kleinen Händler zum Prügelknaben der Teuerung hinstellt, andererseits versucht sie, die Verbrauchermassen zum Genuß **billiger Lebensmittel** zu erziehen. Mit großem Tamtam läßt sie statt der Kriegsparole **„Kohlrüben"** die Parole **„Gefrierfleisch"** populär machen. Das „Berliner Tageblatt" unternimmt den ersten Vorstoß. Unter dem Titel **„Die Kälte als Volksernährer"** schreibt es von dem appetitlichen, sauberen, nahrhaften, billigen Gefrierfleisch, das wir zollfrei aus Amerika bekämen. Die Großbourgeoisie weiß immer wieder ihre Beitrugsmanöver aufzuziehen, auch wenn sie noch so durchsichtig sind, um die Arbeitnehmer von ihrem Kampf um bessere Löhne abzuhalten.

Welche Antwort haben die Arbeitnehmer darauf zu geben? Es gilt jetzt, **alle** Arbeiter in den freien Gewerkschaften zu sammeln, weil die gesamte Kraft des organisierten Proletariats erforderlich ist, um den Ausbeutern den Riesenraub, den jene immer mehr vergrößern wollen, wieder aus den Zähnen zu reißen. Die Parole muß sein: **Wiedereroberung des Friedensreallohnes und des ausnahmslosen Achtstundentages!**

Die Republik — eine Versorgungsanstalt für frühere Potentaten

Millionenwerte für den braunschweigischen Herzog a. D.

Braunschweig, 19. Oktober. Der Braunschweigische Landtag hat mit 2 Stimmen Mehrheit bei 2 Stimmenthaltungen so ziemlich alle Forderungen des ehemals herzoglichen Hauses bewilligt. Der Herzog a. D. erhält den größten Teil der braunschweigischen Staatsgüter, darunter vier der besten Domänen, wertvolle Forsten und anderes mehr.

660 Millionen zu viel Arbeitersteuern — 250 Millionen zu wenig Besitzsteuern

412 Millionen Mark Steuerüberschuß in einem halben Jahre erpreßt

Die Regierung veröffentlicht soeben eine Uebersicht über die Steuereingänge von April bis Oktober 1925, also des ersten Steuerhalbjahres. Nach dem Voranschlag sollten die Steuern die ungeheuerliche Summe von 6,344 Milliarden, d. h. im ersten Halbjahr 3,172 Milliarden Mark bringen, also etwa **das Doppelte wie in Friedenszeiten.** Vier Fünftel dieser Summe sollten aus dem Einkommen der Arbeiter, nur ein Fünftel aus den Profiten der Kapitalisten herausgeholt werden.

So ungeheuerlich diese Zahlen sind, so stand von vornherein fest, daß in der Praxis aus den Arbeitern **noch mehr,** von den Kapitalisten **noch weniger** herausgeholt werden würde. Seit dem Regierungsantritt der Deutschnationalen wird die Steuerschraube bei den Arbeitern weit stärker angezogen, als der Voranschlag verlangt, dafür aber bei den Kapitalisten gelockert. Wir wiesen bei allen Steuerberatungen darauf hin, daß der Steuervoranschlag betrügerisch ist, daß er in Wahrheit weit größere Beträge ergeben werde.

Der amtliche Steuerbericht bestätigt unsere Behauptungen. **Die Lohnsteuer hat 335, die Zölle und Verbrauchssteuern haben 230, die Umsatzsteuer 60 Millionen Mark mehr gebracht als der Voranschlag ergab.** Dazu kommt ein **Ueberschuß von 33 Millionen** über den Voranschlag aus den Verkehrssteuern. **Insgesamt sind das 659 Millionen Ueberschuß der Massensteuern gegenüber dem Voranschlag.**

Umgekehrt verhält es sich bei den so bescheidenen Besitzsteuern. So sollte die **Vermögenssteuer** im ersten Steuerhalbjahr 250 Millionen Mark bringen, sie brachte gerade **ein Drittel!** Die Körperschaftssteuer ergab statt 150 Millionen Mark nur 94 Millionen. Die Obligationssteuer ergab statt der veranschlagten **38 Millionen Mark nur die Hälfte!**

Nun hat ja die Regierung wieder genug Geld, um bankrotten Schieberunternehmungen aus der Patsche zu helfen. Dazu können ja die Arbeitersteuern verwandt werden. **Was der Arbeiterhaushalt sich absparen muß, das wird jetzt den „notleidenden" Industriellen und Junkern in den Rachen geschleudert werden.**

Natürlich, für die Gemeinden und ihre sozialen Pflichten, für Beamte und Angestellte hat die Regierung nichts übrig. An alle Schlichter geht die Anweisung der deutschnationalen Luther-Regierung, **„keine Lohnerhöhung bei Schiedssprüchen!"** In Wirklichkeit ist Geld da, mehr als der Voranschlag des Haushalts es verlangt!

Am ungeheuerlichsten ist **die steuerliche Schonung des Besitzes.** In einer Zeit, in der zwar einige Schieberkonzerne krachen gehen, aber auf der anderen Seite die großen Kartelle und Trusts Riesengewinne einsacken, wird gerade diesen Profitjägern die Steuerzahlung erleichtert.

Vergeblich hatten wir Kommunisten im Reichstag die vollkommene Aufhebung der Lohnsteuer und konfiskatorischen Besitzsteuern verlangt. Nicht nur der Bürgerblock, sondern auch die Sozialdemokratie stand gegen uns.

Nur wenn sich **in den Betrieben der Antisteuerblock der Arbeitenden** bildet, der, wie einstmals die Stuttgarter Arbeiterschaft geschlossen den Kampf gegen die damals beschlossene Lohnsteuer durchführte, heute den Kampf gegen die Luther-Regierung aufnimmt, wird es gelingen, einen derartigen Steuerantrag unmöglich zu machen.

Deutschnationale Lügenhaftigkeit

Der befriedigte „Retter" — Der Eiertanz um Locarno

Es darf an dieser Stelle gesagt werden, daß auch der Reichspräsident, dem Dr. Luther noch gestern abend Vortrag gehalten hat, sich über die erzielten Ergebnisse sehr befriedigt geäußert hat.
„B. Z. am Mittag" 19. Oktober 1925.

Also er ist politisch sehr befriedigt von den erzielten Ergebnissen der „Befriedung" — genau so wie der „Vorwärts".

Die französischen Sozialisten sind ebenfalls sehr befriedigt, sogar so sehr, daß sie Herrn Painlevé keine Schwierigkeiten mehr machen wollen bei der „Befriedung" der von den französischen Militärs überfallenen Riffkabylen!

Das politische Urteil des Herrn Reichspräsidenten über den Erfolg Chamberlains in Locarno wird also von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen wirken.

Es ist deshalb erstrebenswert, ein klares Bild von der **politischen Urteilskraft des Herrn von Hindenburg** zu gewinnen.

Dieses Bild wird in einer amtlichen Verlautbarung gegeben, — und zwar mit einer außerordentlichen Klarheit!

Dies amtliche Dokument ist das Werk des **Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches (Bd. II. Seite 405).**

In diesem authentischen Werk ist die Aussage des Staatssekretärs des Auswärtigen von Hintze niedergelegt. Hintze erklärt, daß am 29. September 1918, als Ludendorff den **sofortigen Waffenstillstand zur Rettung des Heeres** forderte, um 10 Uhr vormittags in Spaa eine Besprechung zwischen Ludendorff, Hindenburg, Oberst Hene und ihm (Hintze) als Vertreter des auswärtigen Amtes stattfand. In dieser Besprechung verlangte Ludendorff den sofortigen Waffenstillstand, während Hintze von den außen- und innenpolitischen Folgen einer so plötzlichen, den Zusammenbruch offenbarenden Aktion sprach und auf die Möglichkeiten einer (weißen) Diktatur und der Revolution hinwies. Hintze fährt wörtlich fort:

„Danach hat General Ludendorff abermals das Wort ergriffen und die Diktatur abgelehnt und sich mit der Revolution von oben und Frieden einverstanden erklärt unter Bestehen auf seiner Hauptforderung: sofortiger Waffenstillstand. **Jetzt hat der Generalfeldmarschall v. Hindenburg eingegriffen und verlangt, daß ich bei Friedensschluß die Annexion von Brieu und Longwy durchsetze, was General Ludendorff mit den Worten abschnitt: dazu ist jetzt nicht mehr die Zeit."**

Die Zumutung, angesichts des kompletten Zusammenbruchs ausgerechnet die Annexion von Brieu und Longwy zu fordern, beleuchtet außerordentlich scharf **die politische Urteilsfähigkeit des Herrn Reichspräsidenten.**

Die Luther-Parteien und die mit deren Locarnoer Taten so überaus zufriedenen Sozialdemokraten können also auf das oben zitierte Urteil des Herrn Reichspräsidenten stolz sein!

*

Eine ähnlich jämmerliche Figur wie Hindenburg müssen natürlich die **vier deutschnationalen Minister** spielen, die in der Reichsregierung sitzen. Die Stresemann-Luther haben ja die Abmachungen von Locarno unterschrieben, nachdem Kempner durch seine Berliner Reise ausdrücklich die Zustimmung des deutschnationalen Kabinetts eingeholt hat. Nachdem der Landsknechtspakt also fertig ist, wird von den Deutschnationalen ein wahrer Eiertanz aufgeführt. Der Zweck der Uebung ist vor allen Dingen der, die deutschnationalen Kleinbürger nicht allzusehr vor den Kopf zu stoßen, denen diese haben wahrhaftig schon genügend Enttäuschung von ihrem „Retter" und von ihren deutschnationalen Ministern erlebt. Nachdem bereits die kleinbürgerlichen Sparer und Rentner betrogen worden sind, nachdem der Zoll- und Steuerraub vor allem auch die kleinbürgerlichen Schichten getroffen hat, wäre das **offene Zugeständnis der endgültigen Annahme des Versailler Vertrages** und des **Eintritts Deutschlands in den Völkerbund** eine sehr gefährliche Sache! Infolgedessen versuchen die Hergt-Leute noch im letzten Moment einen besonderen Dreh. Sie kündigen wahrhaftig eine „Opposition" an. Die Nachtausgabe des deutschnationalen „Tag" läßt folgendes verlautbaren über die parlamentarische Behandlung des — bereits abgeschlossenen — Vertrages von Locarno:

„Die Haltung sehr maßgebender parlamentarischer Gruppen wird davon abhängen, ob die Reichsregierung in der Frist bis zum 1. Dezember Frankreich veranlassen kann, zum mindesten direkt auf das Rheinland und die Kölner Zone bezüglich Konzessionen praktisch und endgültig durchzuführen. Zweifelhaft ist aber darüber hinaus noch, ob sich nicht schon im Kabinett Widerstand bemerkbar machen wird, da das Maß der erreichten Konzessionen in keiner Weise mit dem übereinstimmt, was nach einstimmiger Auffassung des Kabinetts eigentlich hätte erreicht werden müssen"

Gleichzeitig aber malt der Pakt das Gespenst einer sozialdemokratischen Regierung an die Wand. Es ist selbstverständlich, daß

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Erscheint in Massen zu der am Donnerstag, 22. Oktober, abds. 8 Uhr im „Volkspark" stattfindenden

Gr. internationalen Kundgebung! Reichstags-Abg. Artur Rosenberg, Berlin, spricht über das Thema: **Locarno-Moskau** **Die drohende Kriegsgefahr gegen Sowjet-Rußland!**

KPD., Ortsgruppe Halle | **Intern. Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Halle** | **AFA., Ortsgruppe Halle**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0001

die Sozialdemokraten lieber heute als morgen in die Regierung hinein möchten. Aber hier in unserem Falle wird das Gespenst nur benutzt, um den deutschnationalen Führern ihre Zustimmung zu ermöglichen. Die deutschnationalen Politiker wollen nach einem nicht ernstgemeinten Oppositionstheater zum Schluß ihren kleinbürgerlichen Massen vorerzählen, die Zustimmung zu Locarno sei notwendig, da sonst die Sozialdemokraten ans Ruder kommen.

*

Diese zwei kurzen Beispiele sind typisch für die politische Unwahrhaftigkeit der Deutschnationalen. Den Hindenburg, der ausgerechnet im Augenblick des militärischen Zusammenbruchs die Annexion von Longwy und Briey verlangt und dann als Präsident einer Republik betriedigt ist darüber, daß die Entente das Durchmarschrecht durch Deutschland bekommt, macht den Deutschnationalen wirklich keiner nach! Und jene Minister und Parteiführer, die seit Jahren von einer nationalistischen Agitation gegen Versailles leben und jetzt plötzlich ihren eigenen Namen unter den Landsknechtspakt setzen, der noch über Versailles hinausgeht, sind wirklich nur bei den Deutschnationalen möglich!

Um so mehr haben wir Kommunisten alle Ursache, diese deutschnationale Politik des doppelten Bodens zu entlarven. Es gilt, vor allen Dingen die kleinbürgerlichen Massen aufzuklären über den ungeheuerlichen Betrug, der an ihnen verübt wird. Die deutschnationale Luther-Regierung ist in dem Augenblick erledigt, wo diese kleinbürgerlichen Schichten wirklich das Spiel, das mit ihnen getrieben wird, durchschauen und den Deutschnationalen die Gefolgschaft verweigern.

Die Vereinbarungen von Locarno

Die Vereinbarungen von Locarno liegen im Wortlaut vor. Sie gliedern sich in fünf Anlagen, die die einzelnen Schiedsverträge zwischen den Staaten betreffen. Am 1. Dezember sollen die beteiligten Parteien in London erneut zusammentreten, um den Pakt endgültig zu unterschreiben, nachdem er in Locarno zunächst paraphiert worden ist.

Die sehr umfangreichen Vereinbarungen werden wir noch in ihren Einzelheiten an Hand des Wortlautes fortlaufend einer näheren Prüfung unterziehen.

*

Die „Rote Fahne" schreibt dazu:

„Die vor uns liegenden Texte beweisen die Richtigkeit unserer Voraussetzungen und Behauptungen. Die deutschnationale Reichsregierung hat vor dem englischen Imperialismus auf der ganzen Linie kapituliert. Sie hat für seine Kapitulation nicht einmal ein angemessenes Trinkgeld nach Hause gebracht. Sie schwenkte gleichzeitig sichtbar in die antisowjetrussische Kriegsfront ein. Keine der deutschen Forderungen wurde berücksichtigt. Die „Rote Fahne" weist darauf hin, daß sowohl der Westpakt wie auch die Ostpakte Frankreich (auf Grund der Völkerbundssatzungen) ausdrücklich das Recht geben, zur Unterstützung Polens durch Deutschland zu marschieren. Wenn Frankreich im englisch-französischen Zweikampf einen Prestigeverlust erleide, so hat es dieses auf Deutschlands Kosten wettgemacht. Im weiteren erfolgt Hinweis darauf, daß die Reichsregierung sämtliche Grenzbestimmungen des Versailler Vertrages, einschließlich Rheinland-Abtrennung, ausdrücklich anerkennt. Der Versailler Vertrag fällt als vergangene Tatsache nicht unter das Schiedsverfahren. Zum Artikel 16 schreibt die „Rote Fahne":

„Sollte aber Chamberlein so gnädig sein und seinen deutschen Landsknechten mehr Flinten bewilligen, dann läßt Stresemann mit sich reden."

Nach Locarno

Berlin, 19. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beriet heute vormittag das Kabinett über Locarno. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch ist mit einstimmiger Annahme der Verträge und Protokolle von Locarno zu rechnen. Mittwoch treten die Ministerpräsidenten der Länder, Donnerstag der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammen. Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird morgen, die gesamte Fraktion Mittwoch zu Locarno Stellung nehmen. Der Reichstag wird, „infolge Renovierung", erst am 20. November zusammentreten.

Die Folgen von Locarno für Frankreich

Stärkung der Stellung Painlevés

Paris, den 19. Oktober.

Die Folge von Locarno ist eine Festigung des Kabinetts Painlevé, das die Sozialisten in Zukunft wieder unterstützen und dessen Marokko-Politik sie wieder mitmachen wollen. Auf dem Kongreß der Radikalen in Nizza veranstalteten Herriot und Painlevé einen großartigen Freundschaftssrummel. Painlevé erklärte: die größte Gefahr ist der Kommunismus, der in die Arbeitermassen eindringt. Gegen diese Gefahr muß sich der Staat schützen. Besondere Wichtigkeit wird deshalb für die Zukunft die Konferenz von Locarno haben. Painlevé pries Briand, der „mit sicherer Hand die Verhandlungen wieder aufgenommen und zu Ende geführt hat". „Die brüderliche Vereinigung aller Republikaner muß deshalb weiter bestehen." Er verkündete die Fortsetzung der Marokko-Politik. „Frankreich hat nicht das Recht, die Unabhängigkeit (für Abd el Krim) zu bewilligen."

Das sozialdemokratische „Oeuvre" schreibt, daß die Sozialisten das Kartell nach wie vor unterstützen werden, da die Regierung Painlevé immer noch die bestmöglichste Regierung sei.

Der Dolchstoß-Prozeß

(Eig. Drahtm.) München, 20. Oktober.

Am Montag begann vor dem Amtsgericht als zweite Auflage des Ebert-Prozesses der sogenannte Dolchstoß-Prozeß des ultra-nationalistischen Professors Kottmann. Herausgeberin der „Süddeutschen Monatshefte", gegen die „Münchener Post", die sich im vorigen Jahr über die Behauptung Kottmanns entrüstete, die SPD. habe die Front erdolcht. Der Verantwortliche der „Münchener Post" entrüstet sich darüber, daß man die nationale Ehre der SPD. antaste, die alles getan hätte, die Sabotage des deutschen Sieges zu verhindern. Sein Verteidiger, Dr. Hirschberg, erklärt darauf, daß die SPD. immer die Opposition der Gruppe Liebknecht gewesen sei und die Tätigkeit von Müller und Barth bekämpft habe. Sie habe auch nicht die Revolution vorbereitet, sondern eine unabhaltsame Wendung in die Hand genommen, um Ordnung zu schaffen. Die Opposition habe man frühzeitig ausgeschlossen. General Gröner hat alles getan, um die Revolution zu verhüten und die Monarchie zu retten. Man müsse zwischen SPD.-Führer und Opposition unterscheiden und im Interesse des Vaterlandes eine Verständigung erreichen. Hirschberg erbot sich, dem Kläger Kottmann nachzuweisen, daß er ein skrupelloser Publizist ist, der vor keiner geschichtlichen Fälschung zurückschreckt.

Wahlen in der Tschechoslowakei

Prag, 17. Oktober.

Nach einer Kundgebung im Amtsblatt werden die Wahlen in beiden Häusern der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik für Sonntag, den 15. November 1925, festgesetzt.

*

Am Sonnabend ist der Termin zur Neuwahl festgesetzt worden. Schon in den Sonntagausgaben der kommunistischen Zeitungen der Tschechoslowakei tritt die KPC. mit einem Aufruf und der Nominierung der Kandidatenliste an ihre Wähler hervor. Die anderen Parteien stecken alle noch in der Vorbereitung. In der Sonntagnummer des tschechischen kommunistischen Organs „Vorwärts", Reichenberg, veröffentlicht der Genosse Kreibich unter der Ueberschrift „Warum vorzeitige Wahlen?" einen längeren Artikel, in dem er darauf hinweist, daß die Angst der Bourgeoisie und der mit ihr koalierten Sozialdemokratie den vorzeitigen Termin bestimmt hat. Neue Zollvorlagen und Steuerreformen, ähnlich wie sie bei uns in Deutschland im Sommer durchgeführt worden sind, stehen auf der Tagesordnung und lassen es deshalb für die Bourgeoisie und ihren Anhang ratsam erscheinen, als Wahltermin nicht den letzten Termin, den 26. Mai 1926, zu nehmen, wo man diese Regierungsmaßnahmen schon unter Dach und Fach gebracht haben muß. Wir werden noch näher in den nächsten Tagen auf die tschechischen Wahlen eingehen.

Einladung!

An alle proletarischen Jugendorganisationen und alle Jungarbeiter in den Betrieben

In vielen Bezirken des Reiches sind in den letzten Tagen die proletarischen Jugendorganisationen und die jungen Arbeiter aus den Betrieben zu Jungarbeiterkonferenzen zusammengekommen, um auf diesen Jugend-Delegationen nach Sowjet-Rußland zu wählen. Auch in unserem Bezirk haben in vielen Orten die jungen Arbeiter die Einladung der russischen Jugend, eine Jugend-Delegation von Deutschland nach Rußland zu entsenden, sehr begrüßt. Die jungen Arbeiter, die aus unserem Bezirk mit nach Sowjet-Rußland fahren, sollen auf einer

Jugend-Delegierten-Konferenz

gewählt werden. Wir richten auf diesem Wege nochmals an alle proletarischen Jugendorganisationen in dem Bezirk Halle-Merseburg den Appell, für ihre Organisation Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden. Auch die Jugendbelegschaften sämtlicher Betriebe sollen an der Wahl der Jungarbeiter-Delegation Anteil nehmen. Aus diesem Grunde müssen auch die jungen Arbeiter aus den Betrieben zu dieser Konferenz Delegierte wählen. Auf die Jugendbelegschaften der Betriebe entfallen bei 10 jungen Arbeitern ein Delegierter, bei 25 zwei Delegierte, bei 100 drei Delegierte und bei immer weiteren 100 ein weiterer Delegierter. Bei den proletarischen Jugendorganisationen kommen auf 50 Mitglieder ein Delegierter, auf 100 zwei Delegierte usw. Nach diesem Modus müssen nun schnellstens die Delegierten gewählt werden. Die Jugend-Delegiertenkonferenz beginnt

am Sonntag, den 25. Oktober 1925, vormittags 10 Uhr im „Volkspark" zu Halle

Es stehen folgende Referate auf der

Tagesordnung:

1. Das Leben und die wirtschaftliche Lage der russischen Jugend. (Referenten: Die Rußland-Delegierten Bretag und Lüttich.)
2. Die wirtschaftliche Lage der jungen Arbeiter in Mitteldeutschland. (Referent: Jugendgenosse Fritz.)
3. Wahl der Jugend-Delegation nach Sowjet-Rußland.

Während dieser Jungarbeitertagung findet eine Ausstellung statt, welche die Rußland-Delegierten Bretag und Lüttich veranstalten und die den Jugend-Delegierten zur Besichtigung empfohlen wird.

Nur wenige Tage trennen uns noch von dieser Jungarbeiter-Konferenz, deshalb müssen alle Jugendorganisationen und Jugendbelegschaften schnellstens ihre Delegierten bestimmen und unserer Einladung nachkommen.

Bezirkseinheits-Komitee für die Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland.

Vor den Monarchisten alle Mann ins Mauseloch!

Die Parole der „linken" „Leipziger Volkszeitung"

Die Sonntagnummer der „Leipziger Volkszeitung" brachte zum Reichstriegertag in Leipzig folgendes Bild, das politisch sehr eindeutig die monarchistische Gefahr aufzeigt, die im Ueberhandnehmen

der nationalistischen Aufmärsche liegt. Trotzdem war die Parole der „Leipziger Volkszeitung" für diesen Tag: Alle Mann ins Mauseloch! Sie pöbelte unser kommunistisches Organ in Leipzig, die „Sächsische Arbeiterzeitung", die zu einem Arbeitertag am letzten Sonntag aufgefordert hatte, folgendermaßen an:

„Es gehört schon die gerichtsnotorische Gewissenlosigkeit kommunistischer Führer dazu, ausgerechnet des am 18. Oktober geplanten nationalistischen militaristischen Rummels die Arbeiterschaft zur Abhaltung eines Arbeitertages aufzurufen. Sie mag den von ihr geforderten Arbeitertag veranstalten und die Verantwortung selbst tragen. Oder ist sie zu feige dazu?"

Die Kommunistische Partei hat bewiesen, daß sie auch allein kämpfen kann und wird. Eine große Anzahl von Betrieben in Leipzig und eine Reihe von Reichsbannerleuten ist der Parole zum Arbeitertag in Leipzig gefolgt. Trotz allem Gezeter der „Leipziger Volkszeitung". Wir fragen jeden ehrlichen Arbeiter, was wird die Sozialdemokratie tun, wenn die monarchistischen Aufmärsche in die politische Tat umschlagen? Wird sie denn nicht noch viel mehr den Arbeitern raten, sich ins Mauseloch zu verkriechen? Was aber die Feigheit anlangt, so überlassen wir es dem gesunden Sinn der Arbeiterschaft, zu entscheiden, wer feige und gewissenlos ist, derjenige, der die Gefahr sieht, sie aufzeigt und doch rät, sich ins Mauseloch zu verkriechen, oder derjenige, der ebenfalls die Gefahren sieht und sie in ihren drohenden Anfängen bekämpft?

Der sozialdemokratische Dolchstoß im Oktober 1923

Von Paul Böttcher

„Auch die sozialdemokratischen Justizen haben aus ihrer Abneigung gegen die sächsische Arbeiterregierung und aus ihrer Begeisterung für die große Koalition einen redlichen Teil dazu beigetragen, daß die sächsische sozialistische Regierung aus den Schwierigkeiten nicht herauskam und schließlich durch die brutale Gewalt der militärischen Befehlshaber gestürzt und Betrüchern gleich aus ihrem Amtsbereich getrieben wurde. Die Reaktion kann sich beglückwünschen. Sie hat gute Helfer gefunden, die ihr glühend in die Hände gearbeitet haben. Der Dolchstoß gegen die sächsische Arbeiterfront ist aus den eigenen Reihen gekommen."

(Paul Levi in „Politik und Wirtschaft", 1923.)

I

Es ist historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution zu retten. Die Methoden und die Taktik des Vorgehens der sozialdemokratischen Führerschaft wechseln je nach den veränderten politischen und ökonomischen Verhältnissen. Das Ziel bleibt dasselbe. Wenn die Ebert und Scheidemann 1918 bis 1921 die Weißgardisten unter Führung monarchistischer Offiziere gegen das Proletariat gehetzt haben, wenn sie 1923 die Reichswehr in geschlossenen Kriegsformationen gegen die Arbeiterschaft Sachsens und Thüringens einsetzten, so versuchen sie heute mit den Mitteln der diplomatischen Schwarzkunst und des Massenbetrugs die deutsche Arbeiterschaft in die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland, d. i. die proletarische Revolution, einzubeziehen. Sind es heute Illusionen über den „Nie wieder Krieg"-Pakt, die Friedensgarantien des Völkerbundes oder über die Nützlichkeit der Schiedsverträge für die Arbeiterklasse, mit denen die sozialdemokratischen Führer das Proletariat für die Interessen der Bourgeoisie zu ködern suchen, so waren es 1923 Reiterregimenter, Maschinengewehrkompagnien, Artillerie und Minenwerfer, die gegen die Arbeiterfront losgelassen wurden. Trotz der furchtbaren Verbrechen, die die sozialdemokratischen Führer gegen das Proletariat begangen haben, stehen hinter der Politik dieser Führer noch immer Millionen von Arbeitern. Aber die Erfahrungen der vergangenen Jahre sind auch an den sozialdemokratischen Arbeitern nicht spurlos vorübergegangen. Ihr Glaube an die Notwendigkeit und Richtigkeit der sozialdemokratisch-reformistischen Politik ist stark erschüttert. Der Heidelberger Parteitag hat zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratie eine geschlossene Opposition gegen den Parteivorstand aufzuweisen. Die treibenden Kräfte dieser Opposition sind die Arbeiter in den Betrieben, denen es täglich schwerer wird, die Politik des Parteivorstandes gegenüber ihren Arbeitskameraden zu verteidigen. Die politischen Erfahrungen und Erlebnisse sind in der Entwicklung der Arbeiterklasse die stärkste Grundlage für revolutionäre Erkenntnisse und Entschlüsse. Somit tragen auch die Vorgänge in Sachsen im Jahre 1923 dazu bei, den linken Flügel in der deutschen Arbeiterbewegung stärker herauszuarbeiten und die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer konterrevolutionären Führung loszulösen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, gerade in der gegenwärtigen Situation die Henkersarbeit bestimmter sozialdemokratischer Führer am Proletariat im Jahre 1923 allen Arbeitern ins Gedächtnis zurückzurufen.

II

Die Mitschuld der sozialdemokratischen Führer an der Reichswehrexekutive gegen Sachsen, die kurz nach 1923 vom Parteivorstand immer wieder krampfhaft abgeleugnet wurde, ist im Verlauf der letzten Zeit durch Regierungserklärungen, durch die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD. sowie durch die Veröffentlichung bisher unbekannten Materials unumstößlich bewiesen. Durch das neue Material wird erstens die Mitwirkung von Ebert, Sollmann, Hilferding und Schmidt, den Reichsministern im Kabinett Stresemann, am Beschluß der Reichsregierung über den Einsatz der Reichswehr gegen die sächsische Arbeiterschaft festgestellt. Zweitens ist durch den Reichswehrminister Geßler im Reichstage zugegeben worden, daß die Reichswehr im Oktober 1923 mit schwarzer Reichswehr aufgefüllt worden ist. Gerade diese Tatsache wurde bisher streng verleugnet und ihre Erwähnung in der Oeffentlichkeit unter Strafverfolgung gestellt. Es muß dabei besonders betont werden, daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister, sowie der Reichspräsident Ebert über die innige Verbindung zwischen schwarzer Reichswehr und den legalen Reichswehrinformationen unterrichtet gewesen sind. Das Schuldkonto der sozialdemokratischen Führer wird durch diese Tatsache noch stärker belastet. Drittens ist jetzt von verschiedenen Seiten gelegentlich der Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen SPD. die unwidersprochen gebliebene Feststellung gemacht worden, daß Zeigner von der Reichswehr-Exekutive unterrichtet gewesen ist, und daß er in Verhandlungen mit der Reichsregierung kurz vor der gewaltsamen Absetzung und Verhaftung der sächsischen Regierung seine Bereitschaft zur Demission und zum Rücktritt der sächsischen Regierung erklärt hat. Viertens hat der Führer der Rechten in Sachsen, Weckle, auf dem Heidelberger Parteitag zynisch und frech erklärt, daß die rechten Führer die Bewegung nur mitgemacht haben, um sie zu sabotieren und ein Umschlagen in revolutionäre Kämpfe zu verhindern.

III

Die politischen Kämpfe des Jahres 1923 sind ein lehrreiches Beispiel für die Rolle der SPD. Sie bringen in allen Einzelheiten den Beweis, daß es nicht möglich ist, im Bunde mit den sozialdemokratischen Führern die Revolution vorzubereiten und durchzuführen. Andererseits zeigen aber auch bestimmte Erscheinungen in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, wie sich konkret die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern loslösen, ohne zunächst selbst aus der Sozialdemokratischen Partei auszutreten. Nach der Chemnitzer Konferenz setzte nämlich ein wichtiger Prozeß unter den sozialdemokratischen Arbeitern ein, der infolge der gewaltsamen Niederschlagung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit nicht ausreifen konnte. Die sozialdemokratischen Arbeiterdelegationen, die im Anschluß an den Verrat der sozialdemokratischen Führer auf der Chemnitzer Konferenz aus den Betrieben in den sächsischen Landtag kamen, um von ihren Führern die Aufnahme des Kampfes zu fordern, sahen sich enttäuscht und von ihren Führern schmählich im Stich gelassen. Darauf gingen sie in ihre Betriebe und Bezirke zurück und begannen eigene Kampfleitungen aus den Reihen ihrer proletarischen Parteigenossen zu wählen. Die Arbeiteropposition setzte die traditionelle Spitze der Partei einfach ab und wählte sich eine neue Führung. Im Prozeß der Massenkämpfe ist gerade diese Tatsache für die Zukunft von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Front, wie sie 1923 durch die Roten Hundertschaften, Kontrollausschüssen und Aktionskomitees durchgeführt wurde, führte durch die Organisierung der Arbeiteropposition zu dem ersten Versuch, revolutionäre Kaders in der Sozialdemokratie selbst aufzurichten. Die Niederlage der Arbeiterschaft im Oktober 1923 mußte naturnotwendig auch zur Unterbrechung dieser Entwicklung innerhalb der SPD. führen.

Ludendorff-Tage in Breslau

Reinfall der Völkischen — Arbeitergegendemonstrationen

Breslau. Die „Ludendorff-Tage" am Sonnabend und Sonntag waren eine große Pleite für die Völkischen. Zur Fahnenweihe des Tannenbergbundes wurden aus Angst vor Kommunisten nur zuverlässige Personen zugelassen, die schon Tage vorher Eintrittskarten hatten. Die Beteiligung war gering. Eine Gegenkundgebung der KPD. und des RFB. wurde auf dem Neumarkt veranstaltet. Mehrere tausend Arbeiter nahmen an ihr teil. Nachmittags, als Ludendorff schon abgefahren war, erschien Reichsbanner auf dem Plan und hielt Versammlungen mit Hörsing als Redner ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0002

Das Gesicht dem Dorfe zu!

Im „Mitteilungsblatt" des Bezirks Westsachsen der Partei schreibt ein Genosse K. unter obiger Ueberschrift einen von der gesamten Partei zu beachtenden Artikel über Methoden der Landagitation. Wir wollen dazu nur betonen, daß eine solche erfolgreiche Arbeit am besten dann geleistet werden kann, wenn unsere Parteizellen bzw. Gruppen über ganz bestimmte Güter- oder Dörfer die Patenschaft übernehmen und sich dann zur Pflicht machen, hier feste Stützpunkte zu schaffen. Ueber die Methoden der Arbeit gibt uns der Artikel des Genossen K. gute Anregungen. K. schreibt:

Die Arbeit der Kommunistischen Partei unter dem Landproletariat ist eine der wichtigsten Aufgaben, welche wir neben der Betriebsarbeit aufzuweisen haben. Ueberdies eine der notwendigsten Arbeiten, da unsere Partei unter den Landarbeitern wie Kleinbauern wohl den wenigsten Einfluß besitzt. Die Notwendigkeit der Arbeit auf dem Lande wird sicher von keinem Genossen bestritten, nur handelt es sich um das Wie der Arbeit.

So mancher Genosse glaubt, die Agitation am besten durchzuführen, wenn er die ländliche Bevölkerung mit Flugblättern überschwemmt, was so gut wie keinen Erfolg garantiert, da ja noch nicht einmal die städtische Bevölkerung Flugblätter politischen Inhalts genau verfolgt. Ein allgemein gehaltenes Flugblatt wird von den Landarbeitern nicht verstanden. Der Landarbeiter schenkt einem bürgerlichen Flugblatt fast dieselbe Aufmerksamkeit, wie einem Flugblatt unserer Partei. Die erfolgreichste Arbeit ist deshalb nur Hausagitation. Kleinarbeit zu treiben, erfordert aber ungeheure Mühe und Geduld der einzelnen in der Landarbeit beschäftigten Genossen.

Bisher hat die Partei oft Landpropaganda durchgeführt, ohne daß dabei unsere Genossen die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung derartiger Propaganda ins Auge gefaßt haben. Die Genossen glaubten, wenn sie von der Stadt aufs Land gingen, ihre Arbeit getan zu haben, indem sie von Haus zu Haus gehend, das Werbematerial stumm in die Zimmer von Landarbeitern und Bauern legten. Der größte Triumph war hierbei, wenn auf diese Art von den einzelnen Genossen in möglichst kurzer Zeit viele Häuser und Dörfer mit Material belegt waren. Von der Belegung mit Material wurden hierbei selbst Rittergüter und größere Besitzungen nicht ausgeschlossen, während die den Ställen gleichenden Wohnungen der von den Agrariern beschäftigten Arbeiter in aller Eile übersehen wurden. Also Akkordarbeit, die nicht für das Land geeignet ist.

Diese Art der Agitation wird einen Erfolg nicht bringen. Wer die Landbevölkerung überzeugen will, muß mit dieser in persönliche Verbindung treten. Das gesprochene Wort bringt auf dem Lande mehr Erfolg. Hierbei ist selbstverständlich, daß, wenn der Inhalt der zu überreichenden Flugblätter den Landarbeitern verständlich gemacht wird, das Werbematerial unserer Partei eine andere Beachtung findet, als wenn es nur zur „Verbreitung" kommt. Beisolcher Arbeit kann unser Agitator jederzeit wiederkommen. Er schafft sich die Zuneigung der Landbevölkerung. Sein Gesicht wird den zu Bearbeitenden bekannt und er gewinnt das Vertrauen der Landbevölkerung.

Ein Beispiel: In einem Dorfe bei Grimma, wo eine ziemlich starke Ortsgruppe der SPD. besteht und die SPD. in den letzten Wahlen alle Kraft aufgeboten hat, um die Bewohner für ihre Partei zu gewinnen, war ein Einfluß unserer Partei auf die Bevölkerung absolut nicht vorhanden. Einige Genossen begannen die Arbeit auf dem Lande in der von mir skizzierten Form durchzuführen. Versammlungen, die von unserer Partei einberufen wurden, hatten durch diese Arbeit einen guten Besuch, zum Teil einen besseren Besuch als die Versammlungen, die die SPD. veranstaltete. Die Stimmenzahl stieg von 17 Wählern bei der letzten Reichstagswahl auf 65 Wähler bei der Präsidentenwahl und wurde auf 95 Wähler bei dem zweiten Wahlgang gesteigert.

Selbstverständlich ist eine Agitation dieser Art schwierig, erfordert viel Zeit und Mühe, beansprucht Genossen, die in zäher Arbeit unverdrossen tätig sind.

Diese Arbeit läßt sich aber nur durchführen, wenn die Ortsgruppen einen Propagandaleiter stellen, und dieser mit einigen Genossen eine systematische Arbeit durchführt. Die beste Zeit zur Agitation ist der Herbst und der Winter, da in dieser Jahreszeit die Landbevölkerung zu Hause anzutreffen ist. Hierbei bleiben die Agitatoren nicht nur in ihrer Funktion, sondern sie werden der Vertrauensmann der Landarbeiter, sind verpflichtet, die verschiedensten Auskünfte zu geben.

Hierbei halte ich das Bilden von Ortsgruppen um jeden Preis nicht als das Wesentlichste. Sind die Grundlagen für die Bildung einer Ortsgruppe noch nicht richtig geschaffen, so muß davon abgesehen werden, da das Eingehen einer Ortsgruppe ein Zurückwerfen ist, welches sich schlecht wieder gutmachen läßt.

Haben unsere Genossen mit Hilfe dieser Arbeit erst Beziehungen, dann Verbindungen, zuletzt feste Stützpunkte und Mitarbeiter auf dem Lande geschaffen, dann gewinnt der Verkauf von Schriften eine andere Bedeutung, als wenn Schriften nicht verstanden, nicht zur Diskussion gestellt werden. Hierbei ist zu beachten, daß im Anfang nur Schriften zur Verbreitung kommen, die wenig Geld kosten. Auf dem Lande ist die Bevölkerung meist mißtrauisch, weil sie des öfteren betrogen wurde.

Wir sind nur eine Massenpartei, wenn die Massen dem Rufe unserer Partei Folge leisten. Hierbei gibt die Zahl der Ortsgruppen auf dem Lande nicht den Ausschlag. Einfluß unserer Vertrauensleute unter der Landarbeiterschaft ist in diesem Falle dem Bestande einer Ortsgruppe gleichzustellen. Der persönliche Einfluß ist auf dem Lande wesentlich bedeutungsvoller als in der Stadt.

Meine Bemerkungen sollen dazu beitragen, für die Arbeit auf dem Lande mehr Verständnis unter unseren Genossen zu erreichen, mit dem Ziele, das ländliche Proletariat zu revolutionieren, damit es das Industrieproletariat im entscheidenden Kampfe unterstützt.

Warum kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Severing?

Anläßlich der letzten Polizeidebatte im Preußischen Landtag begründete der **Genosse Eberlein** für die KPD. den Mißtrauensantrag gegen Severing.

Er machte sich über die „Opposition" der Rechten lustig, die vor Angst schlotterte darüber, daß ihr **Mißtrauensantrag** angenommen werden könnte. Genosse Eberlein machte Severing darauf aufmerksam, daß ohne seine Tätigkeit eine **reaktionäre Gefahr** überhaupt nicht möglich wäre. Severing selbst hat mitgeholfen, den Hohenzollern Millionen nach Holland nachzusenden. Genosse Eberlein kennzeichnete das wahre Wesen der Schupo als

Bürgerkriegsarmee zu Wasser, Luft und Lande.

Daß die Polizei ihre einfachsten Aufgaben, Schutz des Publikums, nicht durchführen kann, beweist die Ohnmächtigkeit gegenüber den Brandstiftern und anderen gemeinen Verbrechern. Die Unfähigkeit der Polizei auf diesem Gebiet steht im krassesten Gegensatz zu der Kommunistenhatz und — den Reklameartikeln der Gewaltigen von der Schupo und der I A in der bürgerlichen Presse. Die Schupo ist lediglich ein militärischer Apparat. Die Bürgerkriegsarmee übt Handgranatenwerfen, Parademarsch und Exerzitien, die geprobt werden an Attrappen von Zivilhäusern und Zivilpersonen! Genosse Eberlein verlas skandalöse Anweisungen der Schupo, die befehlen,

auf den fliehenden Gegner zu schießen, Gefangene zu malträtieren

und sonst geeignet sind, die Unterbeamten gegen die Arbeiterschaft scharf zu machen.

Genosse Eberlein bekämpfte **aufs schärfste** die Bestrebungen der Bourgeoisie, die **Kasernierung der Schupo** nicht nur zu behalten, sondern noch **zu** verschärfen. Die Kasernierung dient nicht zur Erziehung öffentlicher Beamter, sondern zur Dressur willfähriger Kreaturen! Genosse Eberlein **wandte sich an Hand** stichhaltigen Materials gegen die

unerhörten Spitzelmethoden des Severingschen Systems,

gegen Abteilung I A, „Sonderkommando" und vor allen Dingen gegen die **Betriebsspitzelei.**

Der Hauptkampf der Schupo gilt den Kommunisten.

Genosse Eberlein stellte fest, daß gegen den Willen des Hörsing und Kumpanei **Reichsbannerarbeiter sich mehr und mehr dem Roten Frontkämpfer-Bund nähern.** Genosse Eberlein verwahrte sich gegen die Behauptung, der RFB. wäre, wie Stahlhelm und andere faszistische Verbände, bewaffnet. **Der RFB. lehnt jegliche Bewaffnung ab.** Nicht aus Pazifismus, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Der RFB. ist Propagandaorganisation für die Einheit der Arbeiterklasse und gegen den imperialistischen Krieg.

Den Deutschnationalen machte Genosse Eberlein klar, daß die Kommunisten Severing stürzen werden nicht mit den Deutschnationalen, sondern gegen die Deutschnationalen, mit der geeinten revolutionären Arbeiterklasse.

Hierauf verlas Genosse Eberlein folgende

Erklärung der KPD.

„Die kommunistische Fraktion spricht dem von dem Sozialdemokraten Severing geleiteten Ministerium des Innern wie dem gesamten Staatsministerium das schärfste Mißtrauen aus. Sowohl der Etat wie die gesamte Tätigkeit des Ministeriums des Innern ist durchaus arbeiterfeindlich und darauf eingestellt, mit dem Polizeiknüppel die Arbeiterklasse an der Verbesserung ihrer Lage zu hindern und die Bourgeoisie vor den Angriffen des Proletariats zu schützen. Dafür sprechen folgende Tatsachen:

Während der Minister Severing gegen aufsässige reaktionäre Beamte tolerant bis zum äußersten ist, werden Kommunisten von vornherein und grundsätzlich nicht bestätigt, selbst wenn sie von der übergroßen Mehrheit ihrer Wähler in kommunale Aemter gewählt werden;

Obdachlosen, die durch Hausbesitzerbrutalität und bürgerliche Klassenjustiz aus ihren Wohnungen geworfen sind, soll nach dem Erlaß des Innenministeriums polizeilicher Schutz versagt sein; sie sollen auf dem Straßenpflaster liegen bleiben;

in zahllosen Fällen hat das Innenministerium zugunsten von Streikbrechern und kapitalistischen Ausbeutern Polizei mobilisiert;

gegen Kommunisten wird oft und ohne jeden Grund mit Verhaftungen, Haussuchungen in der willkürlichsten Weise eingeschritten;

Arbeitslosenversammlungen und -demonstrationen sind wiederholt verboten, gesprengt und unmöglich gemacht worden, dabei sind fast stets — wie in Halle, Teltow, in Essen und vielen anderen Orten — Arbeiter getötet oder verwundet worden;

durch die Zustimmung zu der Zoll- und Steuerpolitik der Hindenburg-Aera und durch die Billigung des Sicherheitspaktes ist die Arbeiterklasse dem Massenelend ausgeliefert worden.

So sind in unüberschbarer Fülle Schandtaten über Schandtaten vom Ministerium Severing gegen das Proletariat verübt worden.

Wenn von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zum Etat des Ministeriums des Innern ein nur gegen den Minister Severing gerichteter Mißtrauensantrag gestellt wurde, sie im übrigen aber, wie ihr Verhalten im Hauptausschuß beweist, den reaktionären Etat des Ministeriums bewilligen, so bekunden sie damit offen ihre Feindschaft gegen die Arbeiterklasse, als deren Vertreter sie Severing im Staatsministerium ansehen. Das Bestreben der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geht lediglich darauf hinaus, die Ministerposten wieder als ihr alleiniges Privileg zu erlangen.

Die kommunistische Fraktion wird deshalb nicht für den deutschnationalen und den deutschvolksparteilichen Mißtrauensantrag stimmen, sie wird ihr Mißtrauen gegen das Ministerium Severing ebenso wie gegen das gesamte Staatsministerium dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie den Etat ablehnt."

Severings politische Polizei am Pranger

Aufsehenerregende Enthüllungen über die antibolschewistische Fälscherbande

Im Preußischen Landtag sprach der Abgeordnete Eberlein am Sonnabend, dem 17. Oktober, zum Etat des Ministers des Innern und machte dann folgende wichtigen Ausführungen:

„Wie groß die Zahl dieser Elemente (verbrecherische Elemente im Polizeiapparat) ist und welche Aufgaben sie in der Polizei zu erfüllen haben, darüber habe ich mich in diesem Zusammenhange mit den Vertrauensleuten der Berliner Politischen Polizei und ihrer Rolle im Tscheka-Prozeß einige Momente zu beschäftigen. Auf die Frage der Verteidigung nach den Namen der Vertrauensleute der Polizei hat der Zeuge Heller erklärt, daß er vom Polizeipräsidenten aus Gründen der Staatssicherheit nicht die Genehmigung zur Aussage über diesen Punkt erhalten habe. Die Begründung zur Verweigerung der Aussage ist durchaus falsch und irreführend. Die Genehmigung zur Ablegung eines Zeugnisses darf nach dem Gesetze nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde. Die Verweigerung der Aussagegenehmigung des Polizeipräsidenten zu Berlin dem Kriminalkommissar Heller gegenüber dient keineswegs dem Wohle des Reiches oder eines deutschen Landes. Das willkürliche Verbot ist vielmehr nur der Versuch, die unerlaubten Beziehungen der Behörden zu einer der **gemeingefährlichsten internationalen Verbrecherbande** zu verheimlichen. (Sehr gut! bei den Komm.)

Im Interesse des deutschen Volkes und der internationalen Oeffentlichkeit liegt vielmehr die schonungslose Enthüllung des Treibens dieser Verbrecherbande. Und da die Polizei das verhindert, sind wir Kommunisten gezwungen, diese Dinge der Oeffentlichkeit zu übergeben. Die Vertrauensleute des Berliner Polizeipräsidiums, deren Namen Herr Heller im Tscheka-Prozeß nicht nennen durfte, sind die Herren **Druschelowski, Grimanski und Bodkin,** (Hört, hört! bei den Komm.), die trotz ihrer in Preußen begangenen Verbrechen **von der Polizei entlassen wurden, weil diese Polizei in einzelnen Fällen Mittäter und Nutznießer dieser Verbrechen war.** (Hört, hört! bei den Komm.)

Die Fälscherwerkstatt der russischen Emigranten Druschelowski, Grimanski und Bodkin ist dieselbe Quelle, aus welcher die gefälschten Sinowjew-Briefe stammten, die zum Sturze der englischen Arbeiter-Regierung und zu internationalen Verwicklungen zwischen England und Rußland beigetragen haben. (Hört, hört! bei den Komm.) Es ist derselbe schamlose Pfuhl, aus dem die Dokumente hervorgegangen sind, auf Grund derer zahlreiche Kommunistenführer in Bulgarien erschossen worden sind. (Hört, hört! b. d. Komm.) Es ist dieselbe Quelle, aus der die Ententemission in Deutschland gefälschtes Material nach der bekannten Methode von Ansbach über militärische Rüstungen bezogen und geliefert erhalten hat, dieselbe Quelle, für die die polnische Regierung Gelder ausgab, um das Material zu bekommen für die Fabrizierung eines kommunistischen Attentats bei dem damaligen Eisenbahnunglück im Korridor. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Diese russischen Emigranten, die als Vertrauensleute des Berliner Polizeipräsidiums die Behörden, für die sie arbeiten, falsch informieren und ihren Landsmann Skoblewski und die Vertretung ihres Landes auf das schändlichste verleumdet haben, taten es in dem Bewußtsein, daß die Behörden es nicht wagen würden, ihren Namen in dem öffentlichen Prozeß zu nennen.

Der Preußische Landtag sollte unverzüglich eine Untersuchungskommission einsetzen, die das Recht hätte, diese Vorgänge aufzuklären und nachzuprüfen, bei der es keine Verweigerung der Aussagegenehmigung geben darf.

Zur Stützung der Angaben des Kronzeugen Felix Neumann gegen Skoblewski in diesem Prozeß der angeblichen deutschen Tscheka bezogen sich die Reichsanwaltschaft und der Staatsgerichtshof auf die Angaben der Vertrauensleute des Berliner Polizeipräsidiums, die nicht auftraten und deren Namen Herr Heller nicht nennen durfte. **Das Polizeipräsidium braucht diese Elemente, das Innenministerium verwendet sie. Wenn es gilt, ein paar Kommunisten zu köpfen, ist jeder, auch der schlimmste Verbrecher, dem Ministerium gut genug, um Aussagen gegen die Kommunisten zu machen."**

*

Sofort nach der Rede des Abg. Eberlein nahm der Innenminister Severing das Wort zur Erwiderung.

Ueber den Fall Druschelowski erwähnte der Innenminister kein Wort. Wir dürfen das wohl als eine Bestätigung der Angaben des Genossen Eberlein annehmen?!

Neue Arbeiter-Literatur

„Maslows Offensive gegen den Leninismus"

Von Heinz Neumann

(Verlag Carl Hoym Nachf. **Preis 40 Pf.** Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Vertriebsstellen.)

Der Verfasser des in der Partei mit so lebhaftem Beifall aufgenommenen Buches „Was ist Bolschewisierung?", Heinz Neumann, erscheint mit einem neuen Buch „Maslows Offensive gegen den Leninismus". Genau so wie das Buch „Was ist Bolschewisierung?, ist die neue Broschüre eine wertvolle Bereicherung auf dem Gebiete der leninistischen Theorie in der deutschen Partei. Die neue Broschüre ist eine Streitschrift gegen die Verfälschung des Leninismus und Ersatz desselben durch einen westeuropäischen Bolschewismus", wie er von Maslow dem Leninismus entgegenzustellen versucht wird.

Das erste Kapitel behandelt das Thema: „Das Verhältnis unserer Partei zum Bolschewismus". Hier zeichnet er kurz die Entwicklung unserer Partei von unserem ersten großen Lehrmeister Rosa Luxemburg, bis hinab zu den kleinen Epigonen Levi-Frießland und zu Maslow.

Das zweite Kapitel behandelt „Ein Leninismus von besonderer Art". Hier beschäftigt sich Neumann mit dem Buche Maslows „1917". In diesem Kapitel werden auch sogleich die aktuellen Streitfragen, wie sie in der deutschen Partei auf der Tagesordnung stehen, berührt, besonders das Problem „Republik und Monarchie". Hier auch rechnet Neumann mit der besonderen „westeuropäischen Staatstheorie" Maslows ab. Von den Unterkapiteln in diesem Hauptkapitel ist von besonderer Bedeutung: „Die Sozialisierung des Kapitals und der Schlagzeilenleninismus", wo die Maslowsche Methode der Behandlung des Stoffes einer vernichtenden Kritik anheimfällt.

Das dritte Kapitel lautet: Der „Opportunist" Lenin und sein „Kritiker Maslow". Hier stehen im Mittelpunkt die Beschlüsse des 3. Weltkongresses und die besondere Theorie Maslows über den 3. Weltkongreß. Dieses Kapitel führt hinein in die revolutionäre Strategie des Leninismus, die von Maslow nicht nur theoretisch bekämpft, sondern in der deutschen Parteipolitik zu den verhängnisvollen Fehlern geführt hat, die der offene Brief des Ekki geißelt, und die letzten Endes zum Bankrott der Maslow-Gruppe führte.

Das vierte Kapitel zieht die Schlußfolgerung aus der Kritik des dritten Kapitels und lautet: „Die Lehren des 3. Weltkongresses und ihre Bedeutung für unsere heutige Politik". Dieses Kapitel behandelt alle positiven Probleme, die der offene Brief des Ekki für die deutsche Partei aufgerollt hat.

Das fünfte Kapitel behandelt endlich die Frage: „Kann es in der Komintern eine Linke neben dem Bolschewismus geben?" Dieses Kapitel ist eine resumierende Zusammenfassung und Schlußfolgerung aus der gesamten Arbeit.

Neumann hat sich nicht vorgenommen, ein Lehrbuch über all die Probleme, die er berührt hat, zu geben. Die Schrift ist lediglich Streitschrift und begibt sich nur soweit es absolut notwendig ist, auf das Gebiet der Darstellung der leninistischen Wissenschaft. Aber der ganze Geist und die Methode der Behandlung der Fragen zeigt, daß der Streiter von der hohen Warte umfassender und gründlicher Kenntnis die Probleme meistert, die uns das Ideengebäude Lenins hinterlassen hat. Und so führt die kleine Schrift zur wesentlichen Bereicherung leninistischer Erkenntnis in der deutschen Partei.

Wer den tieferen Sinn des Offenen Briefes des Ekki erfassen will, muß unbedingt die Schrift Neumanns nicht nur lesen, sondern aufmerksam und gut studieren. Scheinbar nur eine theoretische Streitschrift, in Wirklichkeit aber zeigt sie die Fehlerquelle der falschen Parteipolitik, die der offene Brief behandelt, restlos auf. Jeder Genosse, der sich an den Auseinandersetzungen der Parteidiskussion beteiligt, muß diese Schrift kennen.

Stadttheater

Neue Gruppentänze und Bewegungschöre von Hedwig Nottebohm

Von Zeit zu Zeit gibt die bekannte hallische Musik- und Tanzlehrerin dem Publikum einen Einblick in ihr Arbeitsgebiet. Es ist sehr schade, daß die Hallenser den künstlerischen Darbietungen so wenig Interesse entgegengebracht haben. Der Besuch des Stadttheaters ließ sehr zu wünschen übrig. Der Fleiß, mit dem die Nottebohm sich ihrer Aufgabe hingibt, und auch die große tänzerische Begabung sind unbedingt anzuerkennen. Sie arbeitet im Sinne des Jaques-Dalcroze. Dieser nannte seine Mission besonders gern eine soziale. Warum faßt die Nottebohm ihre Aufgabe nicht auch so auf? Warum stellt sie ihr Können nicht der Arbeiterjugend und hauptsächlich den Kindern der Volksschulen zur Verfügung? Es ist hier für die Künstlerin ein großes Arbeitsgebiet offen. Man würde ihr von dieser Seite sicher mehr Verständnis und vor allem Dank entgegenbringen.

Der Tanz ist heute mehr und mehr zu einer Kollektivkunst geworden. Jaques-Dalcroze benutzte die Rhythmiklehre zur Differenzierung der musikalischen Einfühlung und nannte sie ein Wesentliches der Bildung aller. Die modernen Tanzschulen wenden sich im Gegensatz zu dieser wahren erzieherischen Auffassung nur an das bessersituierte Bürgertum, weil sie auf diese Weise ihren Unternehmungen die wirtschaftliche Basis geben wollen. Das ist schon an sich ein Verstoß gegen den Geist des Tanzes, der immer in seinen schönsten Ergebnissen aus dem Volke herauswächst. Da es auch die Nottebohm unterläßt, nach dieser Richtung hin zu wirken, müssen wir verzichten, auf ihre einzelnen Darbietungen einzugehen. Sollte sie doch einmal im „Volkspark" den Arbeitern die Ergebnisse ihrer Methode vorführen, könnte man ausführlicher auf ihr Schaffen zurückkommen.

Tut sie es nicht, werden wir andere Vertreterinnen der modernen Tanzkunst veranlassen, im „Volkspark" für diese wichtige Erziehungsmethode zu werben.

Theater und Konzerte

Kabarett Rakete. Das neue zweite Oktoberprogramm ist gut bürgerlich und, von dieser Einschränkung abgesehen, sehr geschickt zusammengestellt. Im zweiten Monat sieht man das Trachsel-Trio. Die Eifersuchtsszene zwischen den zwei Schuhplattlern hat aber auch „durchschlagenden" Erfolg. Auf Wunsch des Publikums müssen die beiden Konkurrenten die urkomische Watschenkanonade jeden Abend wiederholen, so daß sie sowohl, wie auch die lachenden Zuschauer, hochrote Köpfe bekommen. Langendorf-Blumenfeld ist ein Mann mit Gummiknochen, die er auf humoristischste Weise verbiegt und verknotet. Der Grotesk-Jongleur Stumpf redet in einem fort und ihm mißlingt absichtlich alles so, daß er doch mit Beifall überschüttet wird.

Das aus sechs graziösen Mädchen bestehende Mulkow-Ballet gefällt wegen seiner vielen originellen tänzerischen Neuheiten. Marie Harald und Hermann Wagner bringen Literarisches. Auch sie ernten großen Beifall und sie beenden die reichen Darbietungen mit einem Sketsch, in dem zwei Nebenbuhlerinnen sich gegen den gemeinsamen Freund verbünden, um ihm einen gehörigen Schreck einzujagen. Eine gut improvisierte und lustig gespielte kleine Sache. Das Programm ist so gut, daß die Rakete wohl jeden Abend ausverkauft sein wird. M. K.

Stadttheater. Heute, Dienstag, und Freitag „Intermezzo", Mittwoch „Die Bajadere", Donnerstag „Nickel und die 36 Gerechten", Sonnabend „Glöckchen des Eremiten". Sonntag anläßlich des 100. Geburtstages von Johann Strauß „Die Fledermaus".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0003
DFG

Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda für den Ekki-Brief

(Bericht eines Arbeiterkorrespondenten)

Der Besuch dieser Konferenz am Sonntag, dem 18. Oktober, kann als sehr gut bezeichnet werden. Sämtliche Ortsgruppen waren vertreten. Wenn die SPD. und ihre Schmierfinken vom „Volksblatt" diese Beteiligung und das rege Interesse an der Tagung **gesehen hätten, würde das Geschrei von dem „Absterben der KPD." bald verstummen.** Als Vertreter der Bezirksleitung war der Genosse Lademann erschienen, der über den Ekki-Brief referierte. **Er ging auf die gemachten Fehler ausführlich ein, ohne dieselben anderen anzuhängen,** sondern sagte frei und offen: „Alle sind wir schuld daran." Er gab Vorschläge, wie es besser werden kann. Näher auf das Referat über den Ekki-Brief einzugehen, ist nicht notwendig, denn wir haben darüber genügend im „Klassenkampf" gelesen. Genosse Kilian war als Korreferent erschienen. In 1½stündigen Ausführungen suchte er den Standpunkt der ultralinken Gruppe zu rechtfertigen. Die Stellung des Genossen Kilian finden wir auch schon früher im „Klassenkampf". In der Diskussion sprach als erster ein alter Genosse aus Belgern, der auf Grund seiner dreißigjährigen Tätigkeit im politischen Leben die Parteidiskussion vom Standpunkt des kleinsten Funktionärs betrachtete. In seinen Worten kam so recht die Stimmung der ländlichen Genossen zum Ausdruck.

Genosse Naumann erkannte die Notwendigkeit des Ekki-Briefes an, die Gefahren von rechts dürften für die Einheit der Partei die größten sein. Die Einheit der Partei geht den Landfunktionären über alles. Er wünscht, daß die Parteidiskussion nun beendet wird, damit praktische Arbeit möglich ist, jedoch sei vorher restlose Klarheit notwendig.

Ein Genosse aus Annaburg kritisierte aufs schärfste die bisherige Handlungsweise der Zentrale. Im übrigen stelle er sich vollommen auf den Boden des Ekki-Briefes.

Ein Genosse aus Falkenberg fand sehr scharfe Worte gegen die Genossen, die die Parteidiskussion in so scharfem Maße ausnutzen.

Genosse Seitz spricht den Wunsch aus, daß eine **Einigung zwischen der jetzigen Parteileitung und der ultralinken Gruppe** möglich sei. Er warf die Frage auf, wie es möglich war, daß seit dem Frankfurter Parteitag schwere Fehler gemacht wurden, ohne daß der Mitgliedschaft Gelegenheit geboten war, diese Fehler zu rügen.

Genosse Lademann verlas eine **Erklärung der Zentrale gegen rechte Fraktionsbildung,** worin bestätigt wird, daß die Bezirksleitung Halle-Merseburg zu Recht scharf gegen diese Eigenbrötlerei eingeschritten sei.

Genosse Paulick bedauerte es sehr, daß sich die Partei heute schon wieder in einer großen Diskussion über die politische Linie befindet. Er bekundet, daß die Mitgliedschaft kommunistisch sehr fest zur Partei stehe und er wünscht nur, daß dies auch bei den oberen Funktionären der Fall wäre.

Genosse Weise (Halle) legt als einziger den Standpunkt der Rechten klar. Er versuchte den Vorwurf der Fraktionsbildung zu widerlegen und verteidigte Georg Schumann und andere wegen rechter Abweichungen beschuldigte Genossen.

Ein Genosse aus Hohenleipisch trat dem Genossen Weise scharf entgegen. Im allgemeinen kam in der Diskussion fast einmütig zum Ausdruck, daß die Gefahr für die Partei **nicht in der ultralinken Gruppe, sondern in rechten Abweichungen zu suchen** ist. Die Aussprache war sehr rege und bewies, daß es **die Mitglieder aus den Betrieben ernst meinen mit der Einheit der Partei.**

Im Schlußwort ging Genosse Kilian auf die gegen die ultralinke Gruppe und gegen ihn gerichteten Angriffe ein und verteidigte nochmals seine Stellungnahme. Er rückte ab von der Handlungsweise des Genossen Rosenbaum, der den Bezirk nicht einwandfrei geleitet habe.

Genosse Lademann bedauerte es in seinem Schlußwort sehr, daß Genosse Kilian zu wenig auf die Sache eingegangen sei, sondern zuviel über seine Person gesprochen habe. Er legte Rechenschaft über seine Tätigkeit in der Gewerkschaftsfrage und ging dann auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ausführlich ein. Genosse Lademann weist den Vorwurf zurück, daß die jetzige Parteileitung der rechten Gruppe Zugeständnisse mache. Er bittet die Delegierten, mit einer klaren politischen Linie in die Ortsgruppen zu gehen, die notwendig sei zur Organisierung der Revolution.

Bei der Abstimmung über zwei eingebrachte Resolutionen erhält die **Resolution der Bezirksleitung 38 Stimmen, die des Genossen Kilian 2 Stimmen** bei 2 Stimmenthaltungen. Zur Reichs-Parteikonferenz wird Genosse Naumann delegiert. Nachdem noch zur **Provinziallandtags- und Kreistagswahl** Stellung genommen war, wurde diese arbeitsfrohe Konferenz geschlossen.

Die angenommene Resolution

Die am 18. Oktober tagende Unterbezirkskonferenz Torgau-Liebenwerda erklärt sich für die vorbehaltlose Annahme des Ekki-Briefes.

Wir stehen fest zur Komintern und dem Zentralkomitee der KPD. und unterstützen mit allen Kräften eine bewegliche Taktik, die es uns ermöglicht, die noch fernstehenden Arbeiter von der Richtigkeit kommunistischer Politik zu überzeugen.

Die Arbeit unserer Fraktionen in den Parlamenten muß in lebendiger Verbindung mit den Arbeitern in Betrieben und Gewerkschaften stehen.

Die Konferenz billigt ausdrücklich die Haltung der Partei in der Preußen-Frage (Oktober 1925).

Auf Grund des Ekki-Briefes müssen in der praktischen Arbeit die Lehren aus den gemachten Fehlern gezogen werden.

Innerparteilich muß der mechanische Druck verschwinden. Der freie, sachliche Meinungsaustausch über politische organisatorische Probleme muß eine wirkliche Kollektivarbeit sichern.

Die Parteigenossen sollen durch politische Schulung zur selbständigen Initiative angeregt werden.

An der Gewerkschaftsarbeit, die Parteiarbeit ist, hat jeder Genosse aktiv teilzunehmen. Das hat zur Voraussetzung, daß jeder Kommunist Mitglied der freien Gewerkschaften ist und der kommunistischen Fraktion angehört und sich beteiligt an der politischen Arbeit. Von der BL. ist die Zusammenfassung aller kommunistischen Fraktionen im Bezirksmaßstabe zum Zwecke des Meinungsaustausches und der Aufstellung konkreter Tagesforderungen in den einzelnen Industriegruppen vorzunehmen.

Die Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen ist eine Lebensnotwendigkeit der Partei und muß durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Leitung und Mitgliedschaft auf das energischste gefördert werden. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit müssen sich einander ergänzen.

Von der Reichskonferenz erwarten wir die Herausarbeitung eines Aktionsprogrammes für die Gesamtpartei, das konkret den Weg zeigt, um der Losung: „Heran an die Massen!" gerecht zu werden.

Rechte und ultralinke Abweichungen sind zu bekämpfen und auf dem Wege der politischen Aufklärung zu liquidieren. Alle Genossen, die ehrlich auf dem Boden der Partei stehen, müssen zur Arbeit herangezogen werden.

Scharf und rücksichtslos wenden wir uns gegen organisierte Fraktionen innerhalb der Partei. Die Fraktionsmachereien unterminieren die Partei und hemmen die Arbeit. Die zentralen Instanzen werden aufgefordert, die Fraktionstreibereien mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Unterbezirkskonferenz verpflichtet sich, ihre Kraft einzusetzen, um durch eine zielklare Arbeit die Werbekraft der Partei zu erhöhen.

*

Die abgelehnte Resolution des Genossen Kilian entsprach der bereits im „Klassenkampf" abgedruckten Resolution des Genossen Scholem, die dieser der Mitgliederversammlung Halle am vergangenen Freitag vorgelegt hatte, jedoch mit folgendem Zusatz des Genossen Kilian:

Die Unterbezirkskonferenz fordert von ZK. Anweisungen an die Parlamentsfraktionen, daß sie bei den politischen Entscheidungen offen ein klare grundsätzliche Haltung einzunehmen haben. Insbesondere gilt das für die preußische Landtagsfraktion gegenüber der gegenwärtigen Regierung, die weder direkt noch indirekt die Unterstützung der KPD. finden darf.

Deutsche Ausstellung in Moskau!

Anläßlich der Erweiterten Exekutive wird in Moskau durch die KPD. und das russische Revolutionsmuseum eine Ausstellung gezeigt.

Wir ersuchen alle Organisationen und Mitglieder, uns durch Uebersendung von Material zu unterstützen. In Frage kommen vor allem: illegale Agitationsmittel, auch aus der Kriegszeit. Photographien von ermordeten Genossen, Zellenzeitungen, Karrikaturen, Flugblätter, Plakate, Handzettel, Flugschriften.

Material, das von der Zentrale der KPD. herausgegeben ist, kommt nicht in Frage.

Uebersendung durch die Parteiorganisation.

Zentralkomitee der KPD.
Agitprop.

Ortsgruppe Schkeuditz

Die Ortsgruppe Schkeuditz nahm folgende Resolution an: Die Mitgliederversammlung begrüßt den Brief der Exekutive. Die Versammlung erklärt:

1. Die **Werbekraft der Partei** kann nur gesteigert werden, wenn sich aus allen Gruppierungen in der Partei eine lebendige bolschewistische Einheit bildet.

2. Die Arbeit in den Gewerkschaften muß praktisch begonnen werden. Wir sehen in den sozialdemokratischen Arbeitern unsere Klassengenossen, die wir nicht bekämpfen, sondern aufklären und durch vorbildliche Arbeit im Tageskampf des Proletariats gewinnen wollen.

3. Das innere Leben der Partei muß sich durch die jetzige Diskussion endlich von dem zersetzenden engstirnigen Fraktionsgeist reinigen. Die Führung muß sich aus der Masse herausgestalten, die Mitglieder müssen an der Arbeit schöpferisch teilhaben können.

1 kleine Anzeige im Klassenkampf kostet keinen Pfennig. Nach Einsendung der Abonnementsquittung für den laufenden Monat kann jeder Leser diesen Vorzug erhalten, indem 2 einspalt. Zeilen = 5 mm Höhe nicht berechnet werden; für die darübergehenden Millimeterzeilen kommt der im Kopf angezeigte Preis in Frage. Wer etwas kaufen oder verkaufen will, gebe die Anzeige sofort auf, denn sie kostet **nichts!**

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI^s Fleischbrüh-Würfel

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, ergibt der Würfel kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art

*3426

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 3. Die für heute angesetzte Distriktsversammlung muß wegen Lokalschwierigkeiten ausfallen und findet dafür am Mittwochabend 8 Uhr in der „Goldenen Kette" statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen unbedingt erscheinen.
Distrikt 21. Dienstag, 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Rauschenbach, Distriktsversammlung. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.
Ammendorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 21 Oktober, 8 Uhr, im „Elsterial".
Dölau. Donnerstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, bei Richter, Funktionärsitzung.
Sennewitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler".

Die Unterbezirkskonferenz für Halle-Saalkreis findet am Sonntag 26. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Halle, Produktiv-Genossenschaft, statt. Die Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Delegierten-Wahlmodus im Rundschreiben Nr. 9 abgedruckt ist.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt
Merseburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 22. Oktober, 8 Uhr, „Funkenburg".

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.
Delitzsch. Mitgliederversammlung Mittwoch, 21. Oktober, 7½ Uhr, im „Lindenhof".
Wolfen. Mitgliederversammlung Freitag, 23. Oktober, 8 Uhr, im Gasthof Klinkig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz
Weißenfels. Mitgliederversammlung Freitag, 23. Oktober, 8 Uhr, Hotel „Monopol".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle
Ortsvorstand. Dienstag, 20. Oktober, abends 8 Uhr, in der Produktiv, Sitzung. Kein Bezirk darf fehlen.
Abteilung 8. Dienstag, 20. Oktober, 8 Uhr, Loefts Hof, Abteilungspflichtversamml.

Jungsturm
Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Mitgliederversammlung.
Abteilung 17. Dienstag abend 8 Uhr im „Volkspark", Abteilungversammlung.

Unterbezirk Saalkreis
Könnern. Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.**

Unterbezirk Merseburg
Rattmannsdorf. Donnerstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, außerordentl. Mitgliederversammlung. Jeder hat zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Bitterfeld
…terfeld. Donnerstag, 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Sitzung … erweiterten Unterbezirksleitung.

Unterbezirk Wittenberg
…berg. Mittwoch, 21 Oktober, 7 Uhr, bei Freudenberg, Pflichtversammlung.

Versammlungen der Roten Hilfe

…chen. Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, beim Genossen Jährling, …ktionärsitzung. Alle Kassierer müssen abrechnen.
…. Freitag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, in Kochs Garten, öffentl. Versammlung.

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
„Bajadere"
mit den Damen Römer und Kanze den Herren Schütt, Stojewsky, Tiedemann, Herlt
Ende 11 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr
Nickel und die 36 Gerechten
Ende 10 Uhr

Bettstelle m. Aufl.-Matratze zu ver auf.
P. Böhme,
Thüringer Str. 30 II

2 kl. Hunde zu versch.
Kapellengasse 6, III

Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Erstklassiges Doppelprogramm für Dienstag bis Donnerstag
Henny Porten in Gräfin Donelli
Ein Roman in sechs Akten
Das Geheimnis der Affenschlucht
Ein spannender Roman in sechs Akten aus dem Hochgebirge
Anfang ½6 u. 8 Uhr. Erstklassige Musik

Lichtspiele Piesteritz
Dienstag bis Donnerstag, d. 23. Okt.
Der Passagier von Nr. 7
Detektiv-Film in 5 langen spannenden Akten mit Max Landa, Hanni Weiße, Grünberg, Platen usw.
Der sensat. Entscheidungskampf Samson-Körner — Breitensträter im Film 1687
Fatty im Kampf m. wilden Tieren
Groteske in einem Akt Anfang 8 Uhr

WALHALLA
Direktion Adolf Boge Tel. 8385
Nur bis 31. Oktober
Das große Gastspielprogramm mit 3433
Maria Rapp
und 9 weiteren Attraktionen
Anf. 8 Uhr Vorverk. ab 11 Uhr ununterbr.

Zuverlässiger Zeitungsträger
für **Kemberg** per 1. Nov. gesucht
Meldungen beim Genossen
Karl Galander, Kemberg,
Burgstraße 20

Fahrradlampen
Messing vernickelt, kaufen Sie in schwerer gediegen. Ausführung sehr billig bei
Otto Sparmann
neben Walhalla

Moderne Ulster, Windj., Gummimäntel, Sportjoppen v. 5,25 an, preiswerte Anzüge, Schulstraße 13 I, auch auf Teilzahlg.

Weißenfels 1090
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Bekanntmachungen

Holzversteigerung auf der Landwehr
Mittwoch, den 21. d. M., nachmittags 8 Uhr: Nutzholz (Pappeln und Brennholz)
Eisleben, den 16. Oktober 1925.
Der Magistrat *3429

Anträge auf Gewährung einer Vorzugsrente auf Grund des Gesetzes vom 16. Juli 1925, betr. Ablösung öffentlicher Anleihen, werden bis auf weiteres jeden Dienstag und Freitag vormittags von 9 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 6, entgegengenommen.

Bei Stellung des Antrages ist die Empfangsbescheinigung der Vermittlungsstelle, bei der die Anmeldung des Umtauschs der Markanleihen erfolgt ist, vorzulegen. Ferner hat der Antragsteller als Beweis über sein Einkommen im Kalenderjahre 1924 Rentensteuerbescheide, Rentenbücher, Lohnbescheinigungen usw. vorzulegen. *3430

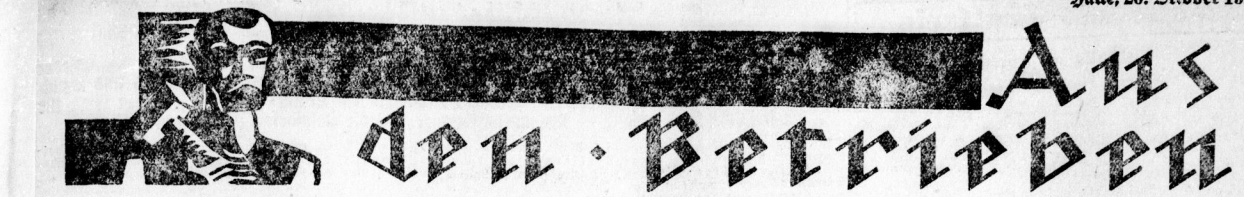
Eisleben, den 8. Oktober 1925.
Der Bezirks-Fürsorgeverband des Stadtkreis. Eisleben (Wohlfahrtsamt)
gez.: Winkler.

Verband d. ausgeschl. Bauarbeiter
Mittwoch, den 21. Oktober 1925 abds. ½8 Uhr, im „Volkspark":
Delegierten-Sitzung
Jede Baustelle muß durch einen Vertrauensmann vertreten sein. Sitzungsgeld wird bezahlt. Verbandsbuch und Delegierten-Ausweis ist mitzubringen.
Ebenfalls findet am gleichen Tage eine
Lehrlings-Versammlung
im „Volkspark" statt. Alle Kollegen werden ersucht, die Lehrlinge auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Der Vorstand. J. A.: A. Bandermann

Werbt für d. Klassenkampf

Der treue Genossenschafter bedient sich nur seiner eigenen Bäckerei!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101925102O-16/fragment/page=0004



Wann fangen wir mit der Umstellung auf Betriebszellen an?

Manche Genossen meinen, daß erst dann, wenn die Fragebogen restlos bei der BL. eingelaufen und die Umregistrierung sämtlicher Parteimitglieder säuberlich vollzogen sei, die Arbeit der Betriebszelle beginne. Aber dem ist nicht so, so wichtig und dringlich die restlose Umregistrierung der gesamten Parteimitgliedschaft auch ist. Die Zellen, die heute in unserem Bezirk bereits bestehen, und sei es auch fast nur auf dem Papier, bilden in diesem Augenblick bereits das **Schwergewicht der Partei** und haben alle Parteifragen und -aufgaben aktiv und als Gemeinschaft in die Hand zu nehmen.

Auch die schon bestehenden Zellen haben mit Hilfe der Ortsleitungen sicher noch manche Vervollständigung ihrer Kartothek vorzunehmen. Auch sie haben noch nicht überall neben dem Zellenobmann einen Kassierer und, was auch sehr wichtig ist, einen Berichterstatter für den „Klassenkampf", die nun schleunigst in Funktion treten müssen. Die schon vorhandenen Zellen müssen helfen, in der ihnen jetzt zugeteilten Straßengruppe Verbindung und einheitliches Arbeiten herbeizuführen.

Daneben aber sind es gerade die schon vorhandenen Zellen, von denen die Initiative in all den Fragen, die heute für die arbeitende Bevölkerung im Mittelpunkt stehen, ausgehen muß. Das sind nach wie vor die sich verschärfenden Auswirkungen des Dawes-Planes: Die **Steuerlasten**, die durch die Zölle hervorgerufene **Teuerung, Lohnabbau und Arbeiterentlassungen.** Hinzu kommt jetzt nach dem „Vertrag von Locarno", der die Schließung der **kapitalistischen Front gegen Sowjet-Rußland** bedeutet, ganz besonders die Aufklärung der Belegschaften über die Bedeutung der von den Sozialpazifisten so jählsüchtig als Beginn einer neuen großen Friedensaera gerühmten Konferenz, die Mobilisierung der deutschen Arbeiter für **Sowjet-Rußland** und für die gerade auch unter diesem Gesichtspunkt notwendige **internationale Gewerkschaftseinheit.** Auch die Wahlkampagnen für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen erfordern besondere Arbeiten der Zellen, zu denen noch besonders Stellung genommen wird.

Sofortige Arbeitsniederlegung bei Entlassungen

In der Zigarrenfabrik **Karl Schröter in Wittenberg** herrschen die unglaublichsten Ausbeutemethoden. Es wurde schon einmal von einem Kollegen berichtet, daß man dort nach einem Minutenakkordsystem arbeitet. Kürzlich sollten drei Arbeiter entlassen werden, auf der Arbeitsbescheinigung war Arbeitsmangel angegeben. Als der eine Kollege, der gleich früh nach dem Bureau beordert war, mit dem Bescheid der Entlassung zurückkam, **blieb sofort der Betrieb stehen,** und es wurden zwei Kollegen mit dem Bescheid vorgeschickt, daß **die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, als bis der Kollege wieder eingestellt ist.** Als der Betriebsleiter Werner jedoch provozierte und diesen zwei Kollegen sagte, daß sie auch ihre Papiere mitnehmen sollten, wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen.

In der Versammlung konnte man so recht die traurige **Einstellung des Betriebsrates** sehen, der sich auf den Standpunkt stellte, daß es schon das beste wäre, wenn die drei Kollegen gingen. Er sagte es zwar nur hinterherum, aber der Sinn war klar. Als dann schließlich bis mittag immer noch nicht gearbeitet wurde, wurden **die zwei letzten Kollegen wieder eingestellt,** während der erste nicht wieder eingestellt wurde, weil er seine Papiere gleich angenommen hätte. Dann wurde **die Wahl eines Vertrauensmannes** vorgenommen.

Am Nachmittag stellte sich daraufhin der Betriebsleiter erneut provozierend mit der Uhr in der Hand hinter den gewählten Vertrauensmann, um möglich gleich den Grund der ungenügenden Arbeitsleistung zur Entlassung zu haben.

Der Meister Wurzbach in der Fabrik muß auch einmal unter die Lupe genommen werden. Als ein jugendlicher Arbeiter, der Kisten verpackte, einmal austreten mußte, wurde er von diesem Meister mit dem Bemerken zurückgeholt:

„Du kannst nachher sch . . . . . gehen. Erst machst Du Deine Arbeit fertig!"

So mußte dieser junge Arbeiter von ½9 Uhr bis ½12 Uhr warten, ehe er seine Notdurft verrichten konnte! Dabei bekommen die Jugendlichen **bei 9½stündiger Arbeitszeit 22 Pf. Stundenlohn!** Auch das Betriebsratsmitglied Urban behandelt die Jungarbeiter nicht wie Menschen. „Rindsvieh", „Du Hornochse" und andere Kosenamen fliegen nur so.

Arbeiter der Holzbude! Seht nach dem Schrotbau und macht es diesem Betrieb nach! Organisiert Euch freigewerkschaftlich im Fabrikarbeiterverband und politisch in der KPD. Jugendliche besucht die Veranstaltungen der Kommunistischen Jugend. Sie finden jeden Donnerstag in der Kaserne in der Kollegienstraße um 8 Uhr statt.

Der gelbe Werkverein im Leuna-Zuchthaus ist eine „Kampforganisation"

Generalversammlung. Im „Tivoli" in Merseburg sitzen zirka fünf Dutzend Leutchen vom Spitzel- und Streikbrecherklub des Leunawerks. Alle sind froh, daß sie leben. Man sieht es ihnen an, daß sie die Weltgeschichte nicht machen werden. Auch Nikolaus Schäfer ist da. Mit stechenden Blicken mustert er die Anwesenden. Er wittert Feinde. Sollte dieses Mal wirklich kein Kommunist unter der Herde sein? Sollte sich kein roter Spion eingeschlichen haben? Ja, wenn man den Kerlen ins Gewissen leuchten könnte, da würde man sie schon hinausbugsieren, die verdammten „Klassenkampf"-Berichterstatter. Aber so kennt man sie ja nicht. Und eine wachsiderne Frühstückstasche sind ein paar ausgefranste Hosen hat schließlich jeder Leuna-Prolet. Na, dann helf er sich, kleine Maus!

Niki legt los. Er hätte trotz aller Schweinereien, die im Verein vorgekommen wären, **noch lange nicht seine Haare verloren.** Die vorgekommen könnten schon glauben, daß seine Stahldrahtperücke sehr wahrscheinlich eine gewisse Zeit überdauern würde. Inzwischen wollte er schon aufräumen im Verein. Alle Lumpen und Schädlinge müßten aus den Reihen der ehrlichen teutschen Männer entfernt werden. Er wüßte genau, daß ein großer Teil der Mitglieder keine vollwertigen Arbeiter wären, die mit ihren Akkordscheinen nicht auskämen. Für solche Sorte danke er bestens. Der Werkverein Leuna sei das Sammelbecken aller wirklich nationalen Kräfte, er sei eine Kampforganisation gegen den Marxismus. Wenn z. B. die „Roten" Kämpfe organisieren, **dann habe der Verein die Aufgabe, sofort den Gegenkampf vorzubereiten.** Leuna sei eine Burg, um die noch einmal die gewaltigsten Kämpfe toben würden! (Sieh an, die Klugheit! D. Red.) **Leuna hätte überaus wichtige Bedeutung, ja es länge direkt im Brennpunkt** politischer Ereignisse in Deutschland. Jeder Kamerad sollte das wissen. Er, Nikolaus, würde sie alle führen — die Dummen ins Schlachtfeld und die Schlauen in die Kantine. Fester und kompakter müßten sich die Germanen des Leunawerks zusammenschließen. Niemand dürfe sich durch Schmähungen der Gegner beirren lassen. Ein jeder teutsche Mann sollte es mit Götz von Berlichingen halten, der in schwierigen Situationen zu sagen pflegte: Leckt mich im A . . .

Drei, vier Mann spritzen an die Tür, sie wollen nachsehen, wer draußen horcht. Nikolaus lacht — ihr Eifel, der Spitzel sitzt ja im Saal. Verlegen blicken sich die Germanen an und mancher sagt innerlich den Entschluß, aus dem gelben Sumpfe auszuscheiden.

Endlich setzt die Diskussion ein, man hatte Schäfers Gequatsche langsam satt. Röder vom Konzaltmasserstoff macht mörderischen Krach, daß er nicht eingeladen worden ist. Er spricht von Schiebung. Der Vorstand könnte die Opposition nicht vertragen, das wäre eine Schweinerei in den neuen Zeiten. Nikolaus sollte sich in der Zukunft nicht wieder solche Frechheiten erlauben. Martin Holfe aus Halle, Medeistraße 14a, weitert gegen die Elemente welche die Krankengeldzuschußkasse bankrott gemacht haben. Alle Faulenzer kämen in den Werkverein, um krank zu feiern. Dabei verschwieg der gute Mann, daß er in Bau 201 einen Faulenzerposten hat, bei dem er zur körperlichen Erholung nicht die Krankenkasse braucht. **Ein Pförtner aus Weißenfels,** ein Namensvetter von Nikolaus, begründete Abänderungsanträge zum Krankenkassenstatut. Der Verein stecke in finanziellen Schwierigkeiten (in Naumburg hat sich ein Kamerad für die Vereinsbeiträge ein paar Schlafsisten gekauft) so daß in Zukunft die Kameraden nicht mehr 1 Mk., sondern nur noch 0.50 Mk. pro Tag Zuschuß erhalten. Außerdem werden die Wochenbeiträge der Mitglieder von 20 Pf. auf 30 Pf. erhöht. Kamerad Rommel aus Bau 2 war darüber sehr gekränkt, sein ertrümmter Posten als Vereinsbonze rückt ja in immer weitere Ferne. Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bedeutet in gelben Vereinen Mitgliederschwund. Das hat Kamerad Surdorf, der Leuna-Stürmer vom März 21, längst eingesehen, daran hat sich der Ehrliche aus dem Bunde ausschließen lassen. Kurz und gut, die Anträge des Weißenfelser Torwächters wurden angenommen, die Massenflucht aus dem Werkverein wird einsetzen.

Dann sprach man noch über die „Schulungsarbeit" unter den Mitgliedern. Nikolaus meinte, es ginge nicht an, daß teutsche Männer dumm wie Bohnenstroh sind, deshalb würde **von der Leuna-Direktion über den Umweg der nationalen Verbände ein vierzehntägiger Kursus über Wirtschaft und Politik abgehalten.** Alle Teilnehmer erhalten pro Nase 30 Mk. Entschädigung für den wöchentlichen Verdienstausfall. Näheres verrät Nikolaus hier nicht. Mit dem Trauermarsch: „Alles, alles über Deutschland" fand die sogenannte Generalversammlung ihren Abschluß. Langsam leert sich der Saal. Einige Kameraden zischeln: **„So ein Betrug, Schäfer hat von der Einlaufgesellschaft kein Wort gesagt, der Kerl kann uns nicht verräppeln mit seiner Kampforganisation!"**

Firma Lindner, Ammendorf, das zweite Leuna

Die Brutalität der Chemiekönige ist weltbekannt, darüber gibt es keinen Streit. Aber es gibt noch Konkurrenten, die an Brutalität den Leuna-Gewaltigen kaum nachstehen, das sind z. B. die Direktoren der **Firma Lindner in Ammendorf.** Auch sie wollen sich in punclo Arbeiterschikane einen Weltruf verschaffen. Und es gelingt ihnen. Heute nur ein Beispiel:

Ein junger Mensch hatte ausgelernt. **Am 1. August** wurde er aufs Pflaster geworfen, angeblich wegen vermutlicher Arbeit. Die feine Firma zahlte ihm seinen verdienten Lohn nicht aus. Der Kollege wurde klagbar. Das Gewerbegericht Halle entschied sofortige Wiedereinstellung, da grundlose Entlassung vorlag. Der Lohn mußte ebenfalls ausgezahlt werden. Der Betriebsleiter Buchrerkirchen hat als Beauftragter der Lindner-A.-G. das Urteil zustimmend entgegengenommen. **Wer aber nun glaubt, daß eine Firma Lindner noch auf Urteilssprüche von Gewerbegerichten etwas gibt, der irrt sich.** Wohl wurde der junge Kollege der Form nach wieder eingestellt und jünf ganze Tage beschäftigt. Mit einem Male war keine Arbeit da. Man ließ den Arbeiter einfach 14 Tage aussetzen und sandte ihm dann die Papiere infolge Arbeitsmangels zu. Bei Meister Schwarz im Autobau war angeblich nichts mehr zu tun.

Der Fall ist an und für sich nichts besonderes. Er passiert so oder in ähnlicher Art täglich tausendmal. Er zeigt nur aufs neue und gibt Veranlassung, die Belegschaftsmitglieder erneut aufzufordern, daß sie sich restlos in die rote Front des klassenbewußten Proletariats einreihen und gegen alle Unterdrücker unter der Führung der Kommunistischen Partei kämpfen.

Wieder einmal ein Lehrling blutig geschlagen

Ein Lehrling der Schlosserei Halupp in Halle, dessen Mutter schon mehrfach bei dem Besitzer bzw. Meister vorsprechen mußte, weil die Lehrlinge schlecht behandelt und über die gesetzmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt wurden, ist heute erneut von dem Gesellen **blutig geschlagen** worden. Grund: der Junge hatte eine Wechselbüchse unterwegs stehen lassen.

Der Besitzer verwahrt sich dagegen, daß er seine Lehrlinge schlecht behandele. Es muß aber deutlich gesagt werden, daß es letzten Endes auf den Besitzer zurückfällt, wenn die Gesellen die Schikanen und Ausbeutung, die sie selbst von der kapitalistischen Gesellschaft erfahren, in besondere Roheit gegen die Lehrlinge ummünzen. Bezeichnend ist übrigens, daß der **Wachtmeister auf der Polizei,** an den sich die Mutter des Lehrlings wandte, lediglich die Antwort hatte, daß die Lehrlinge noch viel mehr Dresche kriegen müßten.

Mißstände bei der Firma Wegelin & Hübner, Halle

Bei der **Maschinenfabrik Wegelin & Hübner** sind drei Direktoren und sieben oder acht Meister angestellt, die von den aus den Knochen der Arbeiter herausgeholten Pressen bezahlt werden. Sie holen sich die Arbeiter, gelernte und angelernte Professionisten, aus anderen Betrieben. In Werk III, Thüringerstraße, müssen die anderen dafür für einen minderwertigen Lohn arbeiten. Die Gelernten verdienen **58½ Pfennig und 15 Prozent Zulage,** wenn die Arbeit fertig war, 50 Prozent. In Werk II, Abteilung Wolf & Meinel, dagegen werden **sogar nur 57½ Pfennige anstatt 58½ Pfennige bezahlt.** Als die dorthin Ueberwiesenen sich beim Obmann und Betriebsrat beschwerten, wußten diese nicht zu helfen!

Ein besonderes Kapitel ist auch der **Betriebsleiter und Geheimpolizist Schade.** Verschiedene Kollegen, die zwei bis drei Minuten zu spät gekommen waren, wurden von ihm ohne weiteres entlassen.

Es ist traurig genug, daß die Kollegen noch immer nicht einig sind und sich immer noch ins Bockshorn jagen lassen. Wie ein hungriger Wolf läuft Schade mit einem Direktor im Betriebe herum und versucht die Leute zu schikanieren, und noch immer mehrt sich die Belegschaft nicht, kämpft sie nicht gegen das Minutensystem!

Immer neue Opfer der Dawes-Politik

Wieder ist ein Arbeiter das Opfer der Dawes-Raubbaupolitik geworden. Auf der **Gewerkschaft „Pfannerhall"** bei Braunsdorf ist am Donnerstagnachmittag der Arbeiter Otto Lehmann bei dem Montage-Neubau der Brikettfabrik durch die Decke des ersten Stockwerkes durchgebrochen und in den Keller gefallen. Er mußte schwer verletzt in das Krankenhaus nach Halle gebracht werden. Beim Bau war natürlich wieder kein Arzt zu finden. Die Decke, durch die Arbeiter durchbrach, war nur mit Schalbretteern bedeckt, und erst nach dem Unfall wurde ein Waggon neuer Bohlen gebracht.

Wie lange wollen die Arbeiter sich den täglichen Gefahren noch aussetzen? Wie lange wollen sie sich die Antreiberei und den Schandlohn gefallen lassen, die dazu führen, daß auf die Sicherheit im Betrieb überhaupt nicht mehr geachtet wird?

Neuer Betrug an den Bergarbeitern

Auf Grube „Cäcilie" (Wersich-Konzern) prangte vor kurzem ein Anschlag, daß **die Knappschaftsbeiträge um 70 Pfennig, also auf 1,80 Mark, erhöht** würden und daß der Bergarbeiterverband dieser Maßnahme zugestimmt hätte. Das bedeutet, daß die Arbeiter mindestens 3,60 Mk. Lohnabzug in der Woche haben und ihnen höchstens 25 Mk. **für die ganze Familie** bleiben.

Die Zustände im Geiselfal spotten jeder Beschreibung, und der Bergarbeiterverband tut herzlich wenig, um die Zustände zu bessern und dadurch, daß er eine rücksichtslose Interessenvertretung der Arbeiterschaft zeigt, die vielen Indifferenten wieder in seine Reihen zu gewinnen. Nach der letzten Versammlung Ende Juli hat erst in diesen Tagen eine neue Versammlung stattgefunden, auf der ausgerechnet der Angestellte Schulz von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften das Hauptreferat hielt. Natürlich bot dieser den Arbeitern keine Hilfe. Sein ganzes Reden lief darauf hinaus, daß die Bergarbeiterschaft sich nun eben bis zum Jahre 1926, wo der neue Schandtarif geländigt werden kann, beruhigen müßten.

Die Bergarbeiter müssen in den Betrieben über all diese Dinge sprechen und durch ihre Betriebsräte oder, wo solche nicht bestehen, neugewählte Vertrauensleute dafür sorgen, daß **in den Bergarbeiterverband mehr Leben** kommt und eine wirkliche Rüstung zur **Eroberung besserer Arbeitsbedingungen vorgenommen wird.**

Grube Emilie

Die Unterstützung, die den Kohlenbaronen von seiten der Reichsregierung gewährt wird, ist für die Bergewaltigen ein Ansporn, um die Bergarbeiter immer tiefer in Not und Elend zu stoßen. Wie die Grubengewaltigen von Tag zu Tag frecher werden, wie sie sich überhaupt nicht mehr an tarifliche Abmachungen halten, zeigen auch einige Beispiele von unserem Pütt.

Am Mittwoch, dem 7. Oktober, wurde von der Verwaltung erklärt, daß es **von jetzt an für die Sonntagsarbeit nur noch 25 Prozent gibt,** während bisher die Sonntagsarbeit im durchgehenden Betrieb mit 50 Prozent bezahlt werden mußte. Als die Belegschaftsmitglieder sich weigerten, für eine derartige Bezahlung ihren freien Sonntag zu opfern, erklärte der Obersteiger, daß sie dann selbst die Folgen zu tragen hätten, also auf gut Deutsch: Es wurde **mit Entlassungen gedroht.**

Wir Arbeiter haben keine Lust, uns für einen derartigen Hundelohn Sonntags von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr in den Dreck zu stellen. Wenn der Obersteiger soviel Interesse daran hat, so sind das eben besondere Eigenschaften dieser Kapitalsfäldlinge.

Ein Prolete hatte ganz richtig an die Tür der Leutestube geschrieben: **„Preisabbau???"** und dahinter: **„Lohnabbau".** Der Meister von der Schweleirei, der zwar genau soviel Hunger im Leibe hat wie die Proleten, aber leider noch kein Klassenbewußtsein besitzt, hatte nichts Eiligeres zu tun, als einen beliebigen Arbeiter herauszugreifen und mit 1 Mark zu bestrafen. Der Kollege reichte darauf die Kündigung ein und sollte nun nicht einmal seinen verdienten Lohn erhalten.

Bei der **Wechselschicht** muß man von 6 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags und von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens schuften, **ausgezahlt aber werden nur 13 Stunden.** Drei Stunden werden also den Arbeitern regelrecht gestohlen. Auch sonst versucht man die Proleten mit allen Mitteln zu schikanieren. So wurden zwei Arbeiter, die unweit der Fabrik auf dem Felde beschäftigt waren und dabei das große Verbrechen begingen und **eine Pfeife Tabak rauchten, mit je 1 Mark bestraft. Der Herr Betriebsführer raucht in der Fabrik seelenvergnügt seine Zigarre. Ja, Bauer, das ist eben etwas anderes!**

Man könnte noch Hunderte derartiger Schurigeleien anführen, die sich die Arbeiter auf diesem Betrieb gefallen lassen müssen. Die Arbeiter mögen sich gesagt sein lassen, daß **nur durch eine strafe und gute Organisation** dem Unternehmerterror Einhalt zu gebieten ist.

Der Bulle von Groß-Kayna

Herr Dietzel kennt in **Groß-Kayna** jeder Hund. Er arrangierte die Geschichte. Er ließ einen Bullen durch das Dorf treiben. **Zwei** Männer führten das Tier und einer schlug mit dem Ochsenziemer kräftig drein. Diese Demonstration durch den Ort hatte eine gewaltige Bedeutung. Die Bewohner der Bergarbeiterhütten sollten lüstern gemacht werden auf Ochsenfleisch, damit die verelberten und gelöderten Menschen schließlich aus wahrem Heißhunger nach einem fetten Bissen in hellen Haufen dem Schachtrattenverein „Glückauf" zuströmten. Aber die Geschichte hatte nicht den richtigen Erfolg. Die klassenbewußten Arbeiter blieben zu Hause und ließen Herrn Dietzel mit seinem Ochsen allein. Die 19 treuen Bergknappen machten sich nun darüber her, sie mußten mit ihrer Beute allein fertig werden.

Nun kam es, daß die einen das Pfund Fleisch mit Knochen zu 80 Pf., die andern das Pfund ohne Knochen zu 1 Mk. verkilgten. Daher ist es auch gekommen, daß der eine Bergmann mehr schwankte, als der andere. Die Knochen kollerten zu sehr im Magen herum. Da muß schon einer einen richtigen Matratzenbezug im Leibe haben, **wenn er das vertragen will.**

Die Menge wußte nun also Bescheid. Manche pöttische Bemerkung fiel. Alle ehrlichen Proleten freuten sich über den Reinfall des Herrn Dietzel. In Groß-Kayna sind die Proleten nicht mehr so dumm, wie der schlaue Herr Dietzel glaubt. Sie pfeifen auf seinen Ochsenbraten, sie wissen ganz genau, was sie von den edlen Spendern zu halten haben. Erst jetzt hat die Michel-Direktion wieder ihr wahres Gesicht gezeigt, indem sie **für die Sonntagsschulterei nicht mehr 75, sondern 50 Prozent zu zahlen** gedenkt. Das wirkt besser als alles andere, das treibt die Proleten hinein in die rote Front, das revolutioniert die schwarzen Kattenlöcher im Geiseltal. **Nur weiter so. Ihr wohlgemeinte Herren, wir sind's zu frieden!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Deutscher Friede

Von **Erich Weinert**

Der „Vorwärts" schreibt zur Unterzeichnung der Locarnoer Paktbeschlüsse in dreispaltiger Ueberschrift: „Sieg des Friedens", und das „Volksblatt" bezeichnet Locarno als eine Genugtuung für Sozialisten. Erich Weinert, der am 3. November an dem Unterhaltungsabend der IAH. in Halle teilnehmen wird, hat im Berliner „R. M." folgende Illustration für Locarno gegeben:

Endlich hat's in locarnesken
Cercleu nun sich ausgecerclet;
Und die Abschlußarabesken
Werden auf den Pakt geschnörkelt.
Gustav malt ein großes S
Wie die andern alle
Ungeduldig unterdes
Scharrt der deutsche Staatsexpreß
In der Bahnhofshalle.

Die man auf neutralem Boden
Produzierte, die sublimen
Pazifikationsmethoden,
Wurden längst bei uns Maxime.
Fröhlich kramt man alten Glanz
Aus den Katakomben.
Selbst die höchste Staatsinstanz
Schwört auf Gott und Siegerkranz
Mit gezückten Bomben.

In Locarno war man kritisch.
Doch nun hat sichs ausgestammelt.
Hierorts wird nun nordpolitisch
Für den Z. R. IV gesammelt.
Sei'n wir stark und unverschämt!
Wer sich nicht solide
Deutschem Geiste anbequemt,
Wird im Klärbassin verfemt:
Das ist deutscher Friede!

Was man noch so friedlich tippte,
Wird ins Staatsarchiv verkrempelt,
Werden amtlich abgestempelt.
Und das „gleiche Recht" erstrahlt
Durch Justizpaläste.
Hier wird was zurückgezahlt.
Gottes Grevesmühle mahlt
Langsam, aber feste!

Wieder Haussuchung in den Parteibureaus

Die vor einigen Tagen in vielen Orten stattgefundenen Haussuchungen in den Bureaus der Kommunistischen Partei — wobei natürlich nichts Verdächtiges gefunden wurde — scheinen die hohe Obrigkeit noch nicht befriedigt zu haben. Heute vormittag kamen deshalb wieder vier Kriminalbeamte in die Lerchenfeldstraße, um verdächtiges Material zu suchen. Sie werden genau wie das vorige Mal ohne Erfolg wieder abziehen müssen.

Herr Severing ist nicht zuständig

Eine neue Blüte aus seinem Redekranz

Wir wiesen gestern auf Severings Sonnabend-Rede hin, in der er den armen Gastwirten zur Befreiung von dem drückenden Joch der Volksspeisung verhilft. In derselben Rede hat er auch Aussprüche über den Feldzug gegen Künstler geprägt, die wert sind, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu bleiben. Severing führte aus:

„Ich bin nicht gesonnen, eine **Verantwortung, die ich zu** tragen habe, abzulehnen; ich stehe zu dem, **was ich tue. Aber ich** kann unmöglich die Verantwortung für solche **Maßnahmen über**nehmen, die von anderen Behörden **getroffen werden. Wenn z. B. in letzter Zeit gewisse Eingriffe vorgenommen worden sind, wenn insbesondere**

Künstler von polizeilichen Organen drangsaliert

worden sind, in einer Weise, die auch ich nicht als richtig anerkenne, dann wollen Sie das nicht auf mein Konto setzen. (Zuruf bei den Kommunisten: Was haben Sie dagegen getan?) Ja, ich kann gegen die Staatsanwaltschaft nichts unternehmen. In solchen Fällen sind die Polizeibeamten Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft, und ich kann der Staatsanwaltschaft nicht in den Arm fallen."

Es dürfte doch wohl ausschlaggebend sein, ob Herr Severing seine Schupo so erzieht, daß sie „dransalieren", gleichviel in wessen Auftrag die also erzogenen Grünen handeln. Im übrigen erkennt Herr Severing es sicher als richtig an, wenn die in seinem Geist erzogene Schupo Arbeiter nicht nur drangsaliert, sondern sogar erschießt.

Pietzker ist immer noch im Dienst.

Etappenkriegertag in Leipzig

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Sonntag fand in Leipzig der sogenannte Reichskriegertag statt. Schon vom Freitag an trafen die Scharen der teutschen Krieger, mit reichhaltig ausgestattetem Klempnerladen — den sie sich meistens als „Etappenschweine" verdienten —, zum Teil mit Weib und Kind ein. Am Sonnabend verstärkte sich noch der Verkehr, bis endlich am Sonntag ganze Züge voll Ochsen und Hammel, vor allem jüngster und andererseits sehr alter Generationen eintrafen. Bei dem Teil des jüngeren Rindviehs und den Schafen, die, weil sie der „höheren" Klasse angehören, von Arbeit und Not keine Ahnung haben, sowie der alten Ochsen, denen der frühere Drill noch in den Knochen steckt, ist der Schrei nach der Schlachtbank verständlich, weniger aber bei einem gewissen anderen Teil, der auch sehr zahlreich vertreten war. Manche der „Kameraden" kamen im Bummelzug zweimal zweiter, andere im Schnellzug erster Klasse. Einer schleppte freudig Vereinsfahne und Frau durch die Straßen, ein anderer wieder fuhr per Auto ins Hotel. Mancher mit schäbigem Anzug und blauer Militärmütze, manch anderer dagegen im eleganten Anzug oder in des verflossenen Kaisers Rock mit Tressen und Fensterscheibe. Aber das ist doch wohl nebensächlich. Die Hauptsache, es waren alles gute, brave, teutsche Männer und sie alle werden wieder, wenn's gilt, gegen Frankreich, was sage ich, natürlich **gegen die verfluchten Kommunisten und gegen Sowjet-Rußland,** sei es in der Etappe oder in der Heimat, tapfer kämpfen. Natürlich sind auch die bankrotten Völkischen mit vertreten und zahlreiche Hitler-Jünger bevölkerten Bahnhof und Straßen. Ueberall Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo und wer weiß nicht noch was für schwarzweißrote reaktionäre Typen. Auch die ehrbaren Jungfrauen vom Luisenbund waren natürlich vertreten.

Das Zentrum der Stadt, sowie die anliegenden Straßen waren mit schwarzweißroten Fahnen, als auch Girlanden und sonstigen nationalistischem Klimbim behangen. Selbst nach den Arbeitervierteln heraus war die Mehrzahl der Geschäftshäuser bzw. Läden geschmückt, ein Zeichen für die „Arbeiterfreundlichkeit" der Inhaber. **Natürlich wiesen auch die Leipziger Filialen der „berühmten" hallischen Firma Most G. m. b. H. eine schwarzweißrote Schmückung auf.** Für Arbeiterkinder hat die Firma Most nichts übrig, die können ihre Schokolade nicht vertragen; aber für nationalistischen Rummel hat man Geld. Butterweich wird es einem ums Herz, wenn man die geschmückten Häuser und Läden der Pelzjuden vom Brühl sieht, die sie für ihre deutschvölkischen „Kameraden" so schön zurechtgemacht haben. Jede kleine Kneipe hatte geschmückt und wenn ich mich nicht täuschte, hatten sich sogar auf besagtem Brühl „im Interesse ihres Geschäfts" gewisse Damen, die dort täglich auf und ab wandern, mit schwarzweißrot bebändert. Alles in allem, es war herrlich, „man" schwomm in einem Meere von Wonne (solche wie aus dem Liede: Die hohe Wonne ganz, Liebling des Volks usw.), Nationaltaumel wie Anno 1914. Sehr sinnreich war die Beflaggung der öffentlichen Gebäude und des Augustusplatzes mit der rrrepublikanischen Flagge Schwarzrotgelblich. Woanders vermißte man allerdings leider diese Farben. Ja, leider. Denn diese Farben sind wirklich viel treffender für die monarchistische Republik, als die schwarzweißrote. Ebenso bedauerlich war, daß ER nicht erschienen ist, der Massen—, nein, das darf nicht gesagt werden: Majestätsbeleidigung!

Daß natürlich dem Stahlhelm und sonstigen reaktionären Elementen der Kamm mächtig geschwollen war, läßt sich denken. Wehe dem Kommunisten oder Reichsbannermann, den man irgendwo allein begegnete. Deshalb ist es schon am Freitag und am Sonnabend zu verschiedenen Zusammenstößen gekommen. Am Sonnabend gegen 7 Uhr abends, war ich auch selbst Zeuge eines bezeichnenden Vorfalles. Zwei Angehörige der „republikanischen" Reichswehr hatten einen Zivilisten angerempelt. Ein Sipo, der hinzu kam, stellte die Namen der Drei fest. Einer der Reichswehrsoldaten benahm sich in der frechsten und provozierendsten Weise gegen die herumstehenden Arbeiter, ohne daß der Sipomann einschritt. Einen Arbeiter, Zeuge des Zwischenfalls, der eine sachliche Aeußerung tat, nannte der Soldat: „Du Rotzjunge" und als sich dieser das entschieden verbat, äußerte sich der Reichswehrmann, ein ganz junger Laffe, wörtlich folgendermaßen: **„Komm nur ran, ich ziehe meinen Dolch und steche Dich nieder wie einen tollen Hund".** Auf den Hinweis eines Umstehenden an den Sipomann auf die Worte des Soldaten, zuckte dieser mit den Achseln und forderte die umstehenden Arbeiter zum Weitergehen auf. Kommentar überflüssig!

Zahlreiche Spießbürger und Neugierige durchfluteten die Straßen. Der Straßenbahnverkehr wurde eingeschränkt, z. T. sogar ganz eingestellt, nämlich, damit die große Herde überall gut durch konnte! Ebenfalls wurde die Erlaubnis erteilt, daß die Lebensmittel- und andere Geschäfte am Sonntag offengehalten werden dürfen. Natürlich! Ein teutscher Reichsetappenkriegertag ist doch kein Roter Tag der Kommunisten. Zu einem teutschen Trunke gehört auch ein teutscher, guter Bissen und da seit Anfang voriger Woche jeder Käseladen mit schwarzweißrotem Quark handelt, ist ihm auch das gute Geschäft zu gönnen. Rollmops und saure Gurken werden allerdings am Montag im Bereiche der gesamten Republik guten Absatz gefunden haben und manche Hose von einem Freßwolf wird gereinigt werden müssen. Ludendorff (mit der blauen Brille), Wilhelm der Holzhacker und andere aber werden sich die Hände reiben über ihre braven Schafe und Schäfchen, ebenso wie die Leipziger Gastwirte, die ihren Suff „an den Mann" bringen konnten. Front Heul!

W. L., Beuditz.

Ist die Straßenbahn eine Abteilung des Stahlhelm?

Daß am Sonntag nahezu fünfzig Straßenbahner in Fahrtkleidung an dem Kriegerrummel in Leipzig teilgenommen haben unter Führung eines Kontrolleurs — alle mit Orden und Ehrenzeichen bekleistert —, wird der Magistrat nicht mehr ableugnen können. In welch unerhörter Weise aber dem Stahlhelmgeist bei der hallischen Straßenbahn Vorschub geleistet wird, geht daraus hervor, daß zu diesem Tag auch Straßenbahner beurlaubt wurden, wenn sie Dienst hatten.

Andere Straßenbahner, die sich nicht an dem Rummel beteiligt hatten, wurden geradezu überrumpelt, am Sonntag Dienst zu machen. Als am Freitag Lohnzahlung war, schickte man sie in ein besonderes Zimmer, und dort wurden sie gefragt, ob sie am Sonntag „etwas vorhätten". Wenn mit Nein geantwortet wurde, hieß es: „Na, dann können Sie ja fahren!" Nachher wurde ein Aushang angebracht, in dem es hieß: Die Fahrer und Schaffner, die sich am Sonntag freiwillig zum Dienst gemeldet [illegible] . . .

Die Straßenbahner, die den Kriegervereinsrummel nicht mitmachen, erklären, daß von freiwilliger Dienstleistung in diesem Fall gar nicht die Rede sein könne.

*

Es ist eine Schande, daß in Halle ein großer Teil der Straßenbahner sich offen zu dem Lager der Arbeiterfeinde bekennt. Diese Gemeinschaft mit ihrem Beherrscher, dem bekannten Herrn Dryander, wird den Magistrat nicht hindern, wenn's wieder einmal paßt, ihnen den Lohn zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern oder sie aufs Straßenpflaster zu werfen.

Die gewerkschaftlich organisierten Straßenbahner müssen geschlossen Front machen gegen den Speichelleckergeist, der bei der hallischen Straßenbahn herrscht.

*

Im übrigen muß die gesamte hallische Arbeiterschaft ihr Augenmerk auf diese Vorgänge richten. Kosten doch diese „Ausflüge" nach Leipzig usw. das Geld der Steuerzahler. Denn die Fahrer und Schaffner, die für die „Beurlaubten" Dienst machen, erhalten einen Zuschlag von 50 Prozent ihres Lohnes. Es ist also so weit gekommen, daß die Stadt den schwarzweißroten Monarchistenrummel mitbezahlt. Dies dürfte mithin das tollste Heldenstück des Herrn Dryander sein. Diesem Treiben ein Ende zu machen, darf nichts unversucht gelassen werden.

Kriegertag mit Bratwurst und Bier

Uns fiel ein Rundschreiben auf den Redaktionstisch, das so recht aufzeigt, aus welchem Faß die Kriegsbegeisterung geschöpft wird und das unsern Lesern ein richtiges Bild von dem Kriegertag in Leipzig vermitteln kann.

Rundschreiben

an alle ehemaligen Angehörigen der 1914 aufgestellten 4. Komp. des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 36.

Gelegentlich des Regimentstages der ehemaligen 36er in Halle am 23. August 1925 trafen sich 28 Kameraden der ehemaligen 4. Komp. mit ihrem verehrten Hauptmann Kloß wieder. Im Laufe des Beisammenseins wurde von allen Kameraden der Wunsch laut, gelegentlich des Reichskriegertages im Oktober 1925 also am 18. Oktober in Leipzig, dort einen Kompagnie-Appell abzuhalten.

Herr Hauptmann Kloß hat sich bereit erklärt, sämtlichen an dem Tage in Leipzig weilenden Kameraden der ehem. 4. Komp. LIR. 36 von 4 Uhr nachmittags ab sehr kameradschaftlich in seine Kellereien, Leipzig, Schillerstraße 9, unter der Frauenberufsschule, einzuladen. Für kostenlose Erfrischung sorgt Herr Hauptmann Kloß.

Kameraden, die in der Lage sind, eine alte Bratwurst, einen Schinken usw. zu opfern, werden gebeten, etwas derartiges mitzubringen, außerdem soll jeder Kamerad dort zur Unterhaltung was von seinen besonderen Felderlebnissen zum Besten geben.

Ich bitte deshalb die Kameraden, sich am 18. Oktober recht zahlreich beim Herrn Hauptmann Kloß einfinden zu wollen und noch anderen bekannten Kameraden im Orte usw. dies mitteilen zu wollen.

„Auf Wiedersehn" in Leipzig!

Mit kameradschaftlichem Gruße
Röhrig.

Woher bezieht Herr Hauptmann Kloß die Moneten für den Inhalt seiner Kellereien? Von der Republik natürlich.

Stadtverordnetensitzung in Halle

Kommunistischer Protestantrag gegen den Reichsschulgesetzentwurf — Die Nichtbestätigung unserer Magistratsmitglieder gemeinsamer Rechtsbruch des deutschnationalen Oberbürgermeisters und sozialdemokratischen Regierungspräsidenten — Der Polizeistaat der Braun-Severing hat kein Geld für die hallische Kinderklinik — Riesengehaltszulage für die besoldeten Magistratsmitglieder

Die Verhandlung begann erst um ½5 Uhr. Unter den Eingängen befand sich auch eine Protesterklärung der kommunistischen Elternbeiräte, die wir bereits in unserer Sonnabend-Ausgabe veröffentlichten. Die Erklärung wurde entgegengenommen; von den Bürgerlichen ging niemand darauf ein. Anders war es schon mit einem Antrag der kommunistischen Fraktion, der die Stadtverordnetenversammlung beauftragte, **gegen das neue Reichsschulgesetz des Innenministers Schiele den schärfsten Protest zu erheben.** Herr Busse war natürlich der Meinung, daß dieser Antrag nicht vor das Plenum einer Stadtverordnetenversammlung gehöre und wollte über den Antrag zur Tagesordnung übergehen. Unsere Genossen protestierten hiergegen und begründeten eingehend, daß der Antrag sehr wohl die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen müsse. Es half aber alles nichts, Herr Busse war eben einer anderen Meinung, und eine Abstimmung, zu der Herr Busse gezwungen wurde, zeigte, daß auch die übrigen Bürgerlichen die Auffassung des Herrn Busse teilten. Nur der Lehrer Plönnigs stimmte mit zwei anderen Demokraten für den kommunistischen Antrag.

Niederlage des kirchenfreundlichen Magistrats

Der geplante Länderaustausch zwischen der Stadt und der Kirchengemeinde St. Ulrich hatte inzwischen den Grundeigentumsausschuß beschäftigt, der den Magistratsvorschlag abzulehnen empfahl. Von seiten des Magistrats wurden alle Minen springen gelassen, um dem geplanten Tausch dennoch die Stimmenmehrheit der Versammlung zu sichern. Unsere Genossen sprachen sich, wie in erster Lesung, gegen den Antrag aus und erinnerten an das Projekt des Magistrats, den Osten der Stadt als Industriegelände zu erschließen, was aber eine Kirche in diesem Gelände bezwecken solle, müsse jedem rätselhaft sein. Dr. Hirsch beantragte, die ganze Angelegenheit nochmals zu vertagen. Die Mehrheit entschied sich aber in namentlicher Abstimmung (bei der sich verschiedene Bürgerliche der Stimme enthielten) für **Ablehnung des Magistratsantrags.**

Die Schrebergärtner von Halle-Ost haben die Erhaltung ihrer Gärten also den Kommunisten zu verdanken, die durch Beantragung dieser zweiten Lesung den Magistratsantrag zu Fall brachten.

Schluß mit der eigenen Regie — die Bürger wollen Geld verdienen!

Der nächste Punkt war ebenfalls eine zweite Lesung. Es handelte sich um den Magistratsantrag auf **Abschaffung der eigenen Regie im Zoo und im städtischen Bade Wittekind.**

Interessant ist zu erfahren, daß vom jetzigen Verwalter des Zoologischen Gartens in der letzten Zeit **Anschaffungen im Betrage von 35 000 Mark** gemacht wurden, zu der die Zustimmung der zuständigen Stellen und der Stadtverordneten nicht gegeben wurde. Scheinbar reflektiert der Herr schon auf die Pachtstelle und wälzt auf diese Weise etwaige spätere Ausgaben von sich ab. Unsere Genossen sprachen sich scharf gegen den Magistratsantrag aus. Den Versprechungen des Magistrats könne man keinen Glauben schenken, und die Aufhebung der eigenen Regie für den Zoo und Bad Wittekind sei gleichbedeutend mit der völligen Uebertragung sämtlicher städtischer Betriebe an das Privatkapital. Der Redner der SPD. wünschte den Antrag um ein Jahr zu vertagen, um abzuwarten, wie sich der Betrieb nach der geplanten Erweiterung gestalten würde. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt und mit einer Mehrheit von neun bürgerlichen Stimmen wurde die **Aufhebung der eigenen Regie für die genannten städtischen Unternehmen beschlossen.** Der zukünftige Pächter dieser städtischen Betriebe wird sich freuen und seinen bürgerlichen Freunden im Stadtverordnetenparlament sehr dankbar sein.

Kein Geld in Preußen für die Kindergesundheit

Im nächsten Punkt, der einen **Zuschuß für den Ausbau der Universitätskinderklinik** fordert, rechnete der Genosse Kilian mit dem preußischen Staat ab. Derselbe Staat, der 370 Millionen für Polizeizwecke auswirft, der der Kirche 70 Millionen in den Rachen wirft und für andere weniger dringende Sachen immer Geld übrig habe, habe für die Arbeiterkinder wohl **ein neues reaktionäres Schulgesetz, aber kein Geld zum Ausbau der Kinderklinik** übrig. Auch mit den Vertretern der SPD., die der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die Stadt recht bald zum Bau eines eigenen Krankenhauses schreite, rechnete unser Genosse ab. Er bezeichnete es als Heuchelei, wenn man seine Zustimmung zum Bau einer Stadthalle, die die Stadt zwei Millionen kosten wird, gibt und hinterher durch den Wunsch, ein städtisches Krankenhaus zu erbauen, so tue, als habe man für die ausgemergelten und kranken Arbeiter etwas übrig. Der Antrag wurde hiernach mit sämtlichen Stimmen angenommen.

Zu der Beschwerde über die fürchterlichen Abgase der Kröllwitzer Papierfabrik wurde von unseren Genossen auf die schmierigen Methoden der Direktion dieses Werkes hingewiesen, die erkennen lassen, daß die Direktion gar nicht ernsthaft bestrebt ist, ernstliche Schritte gegen die Verpestung der Luft zu unternehmen. Die Angelegenheit wurde nach längerer Debatte schließlich dem Bezirksausschuß zur weiteren Bearbeitung übertragen. Man wird also noch eine geraume Zeit den fürchterlichen Gestank in die Nase ziehen können.

Der Rechtsbruch gegen die Kommunisten erwiesen

Ueber die Anfrage der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, warum die den Kommunisten zustehenden drei Sitze im Magistrat bisher unbesetzt blieben, gab Oberbürgermeister Rive eine Erklärung ab, die unsere Genossen veranlaßte, den Magistrat als den Schuldigen dieser Hintertreibungsaffäre zu bezeichnen. Der Magistrat hat seinerzeit die drei kommunistischen Kandidaten der Regierung in Merseburg zur Bestätigung unterbreitet. Da diese aber die drei Kommunisten als Stadträte nicht bestätigte, habe man das „Theater" nicht wiederholen wollen und auf die Einreichung weiterer Kommunisten verzichtet, da es im voraus zu ersehen war, daß auch diese von der Regierung nicht bestätigt worden wären. **Der Magistrat hat also die Entscheidung der zuständigen Bezirksregierung vorweggenommen und sich dadurch Rechte angemaßt, die ihm niemals zustehen können.** Unsere Genossen wiesen auf diesen Rechtsbruch des Magistrats ganz besonders hin. Busse glaubte es nicht dulden zu dürfen, daß man den „hochwohllöblichen Magistrat" eines Rechtsbruchs bezichtigt und rief unseren Redner zur Ordnung. Damit hat Herr Busse natürlich den Rechtsbruch selbst nicht aus der Welt geschaffen, aber er war dennoch heilfroh, als er verkünden konnte, daß die gewünschte Auskunft nunmehr erteilt und damit die Angelegenheit erledigt sei. Da Busse einen Erweiterungsantrag nicht zuließ, behielten sich unsere Genossen vor, in dieser Angelegenheit einen gesonderten Antrag zu stellen.

Dafür gibt es Riesengehaltszulagen!

In der geschlossenen Sitzung wurde einem Antrag der Stadtverordneten Dr. Lehmann, Steinbrück und Hoß von der bürgerlichen Mehrheit zugestimmt, der den **besoldeten Magistratsmitgliedern Riesenzulagen** zuschanzt. Der Oberbürgermeister erhält zu seinem Gehalt eine jährliche Zulage von 3500 Mark, so daß er in Zukunft etwa 26 000 Mark oder 520 Mark pro Woche bezieht. Bürgermeister Seydel bekommt 6000 Mark Zulage, „weil er sonst von Halle fortgegangen wäre". Die übrigen besoldeten Stadträte müssen sich **mit 1500** Mark Zulage begnügen zu ihrem bisherigen Gehalt **von 15 000 Mark.** Nur der Stadtrat Velthuysen **wird als „Stadtsyndikus" noch mit 1500 Mark mehr bedacht, ebenso der Stadtbaurat Jost.**

Die kommunistische Fraktion protestierte gegen diese unglaublichen Bewilligungen in einer Zeit, wo derselbe Magistrat, der sich jetzt Riesengehälter bewilligen lasse, den städtischen Arbeitern und unteren Beamten das bescheidenste Existenzminimum unter Hinweis auf die Sparsamkeit vorenthalte. Wir sind überzeugt, der Beschluß der bürgerlichen **Mehrheit wird einen Sturm der Entrüstung in allen Kreisen** der Bevölkerung — **ausgenommen bei den Millionären — auslösen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0006

Die jungen Landarbeiter für die Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland

Seeben. In der vorigen Woche fand hier eine öffentliche Jugendversammlung statt, die sich mit der Jungarbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen Fritz über die Bedeutung der Jugenddelegation wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute versammelten Jungarbeiter von Seeben begrüßen die Entsendung einer Jugenddelegation nach Sowjet-Rußland, damit endlich das Lügennetz der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse über die Lage der russischen Jungarbeiter zerrissen wird. Wir geloben, alle unsere Kräfte einzusetzen, um die Delegation finanziell und ideell zu unterstützen und zu fördern. Ferner gelobt die Versammlung, die Organisierung in den freien Gewerkschaften unter den jungen Arbeitern zu propagieren, um so an der Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit beizutragen.

In der Diskussion sprachen zwei Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, die versuchten, für die rrrevolutionären Theorien der KAJ. in unserem Orte Anhänger zu gewinnen, was ihnen indes nicht gelang. Nachdem dann noch ein Parteigenosse kurz auf ihre Ausführungen einging, zeigte im Schlußwort der Jugendgenosse nochmals, daß alles überrevolutionäre Gerede nichts einbringt, wenn man nicht praktisch im Interesse des Proletariats arbeitet. Die Lage der arbeitenden Jugend sei wirklich dreckig genug, um schon hier einzugreifen, d. h. die proletarische Jugend zum Kampfe gegen ihre wirtschaftliche Verelendung und gegen ihre politische Entrechtung zu sammeln. Am Schlusse der Versammlung wurde ein Einheitskomitee gewählt, welches die Vorarbeiten für die Jugenddelegation übernimmt.

•

Kelbra. Auch hier fand am Sonnabend eine öffentliche Jugendversammlung statt, die zur Jungarbeiterdelegation Stellung nahm und trotz des schlechten Wetters ganz gut besucht war. Der Genosse Fritz erklärte den jungen Arbeitern, warum die deutsche Jungarbeiterschaft eine Delegation nach Sowjet-Rußland entsenden sollte. Dabei wies er darauf hin, daß die Kapitalisten planmäßige Vorbereitungen treffen, um Sowjet-Rußland zu vernichten. Auch die jungen Arbeiter wollen die Kapitalisten für ihre Pläne mißbrauchen. Schon heute ist man drauf und dran, die arbeitende Jugend politisch zu entrechten. Auch die wirtschaftliche Lage des Jungproletariats verschlechtert sich von Tag zu Tag. So knebeln die Unternehmer die jungen Arbeiter, um sie immer willenloser zu machen und sie im Kampfe gegen Sowjet-Rußland mißbrauchen zu können. Diese Pläne müssen von den jungen Arbeitern durchkreuzt werden. Die Jungarbeiterdelegation muß hierzu beitragen. Die gesamte arbeitende Jugend muß in dieser gefährlichen Situation eine Plattform für den gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum finden. Der Kommunistische Jugendverband ist die Organisation der revolutionären Jungarbeiter. In ihm muß sich die arbeitende Jugend zusammenfinden, damit die Kampfreihen gestärkt werden.

Am Schlusse der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die die Einladung der russischen Jungarbeiter begrüßt und die Unterstützung der Kelbraer jungen Arbeiter für die Jugenddelegation versichert.

•

Dann fand noch in Stebten am Sonntag eine Versammlung statt, die sich gleichfalls mit der Jugenddelegation beschäftigte. Nach kurzen Ausführungen des Genossen Fritz wurde am Orte eine kommunistische Jugendorganisation gegründet. Weiter wurden Delegierte zu dem Jungarbeiter-Kongreß nach Halle gewählt. Die Versammlung schloß sich der Resolution, die die jungen Arbeiter von Kelbra angenommen hatten, an und sprach sich für die Entsendung einer Jungarbeiterdelegation aus.

Quittung

Folgende Sammellisten wurden an uns abgerechnet:
Nr. 2748 mit 8,15 Mk. durch Max Fischer; Nr. 2749 mit 14,25 Mk. durch Alfred Halbauer; Nr. 2754 mit 10 Mk. durch Willi.

Bezirks-Einheitskomitee für die Jugend-Delegation nach Sowjet-Rußland.

Stahlhelmschwindel

Die Liste der sogenannten „schwer verwundeten" Stahlhelmmitglieder, die bezeichnenderweise von der Pressestelle des Stahlhelm in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlicht wurde, wird immer mehr als Schwindeldokument entlarvt. Selbst der Amtliche Preußische Pressedienst sah sich gezwungen, die Unwahrheiten der hallischen Stahlhelmer festzustellen, aber auch aus den Reihen unserer Leser erhalten wir fortgesetzt Zuschriften, die sich mit den einzeln angeführten „Schwerverwundeten" befassen. So wird uns wieder aus Dürrenberg geschrieben, daß der in der Stahlhelmliste unter 17. angeführte Fall vollkommen falsch ist.

Nach der Stahlhelmliste soll in Dürrenberg im August ein Stahlhelmer überfallen worden sein, der schwere Gesichtsverletzungen und einen Rippenbruch eingetragen hat. Von einem überfallenen Wehmisch, um den es sich im vorliegenden Fall handelt, ist nicht überfallen. Er hat sich vielmehr in einen Streit zwischen Schulkinder gemischt und dabei das Kind eines Arbeiters geprügelt. Der Vater dieses Kindes stellte daraufhin den Stahlhelmer zur Rede, wurde aber ebenfalls von dem Stahlhelmer, der übrigens ziemlich berüchtigt ist, bedroht. Auf Grund seines frechen Wesens hat er dann von Straßenpassanten eine Abreibung erhalten, die ihm vielleicht einige Gesichtskratzer, aber niemals einen Rippenbruch eingetragen hat. Von einem überfallenen Stahlhelmer kann überhaupt keine Rede sein.

Die Stahlhelmpressestelle hat also allen Grund gehabt, ihr Lügenfabrikat in einer auswärtigen Zeitung zu veröffentlichen. Hätte man hierzu eine hallische Zeitung benutzt, dann wäre so manchem Stahlhelmer Gelegenheit gegeben, seine eigne Pressestelle der bewußten Lüge zu überführen.

Hallische Tageschronik

Vom Wagen gestürzt

Am 17. Oktober 1925 gegen 1 Uhr nachmittags ereignete sich auf dem Hof der Burg Giebichenstein dadurch ein Unglücksfall, daß die Pferde eines dort haltenden Fuhrwerks in dem Augenblick, als der Geschirrführer sich in die Schoßstelle setzen wollte, anzogen. Der Geschirrführer stürzte herunter, konnte sich noch an der Deichsel festhalten und wurde so in den Hof geschleppt, bis die Pferde vor einer Planke stehen blieben. Er erlitt erhebliche Verletzungen und wurde mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

Arbeit für die Feuerwehr

Am 17. Oktober 1925 gegen 6.40 Uhr nachmittags wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Forsterstraße gerufen, woselbst in einem Lagerraum infolge fahrlässiger Aufbewahrung von Asche in einer Holzkiste ein Brand entstanden war. Die Feuerwehr konnte in 40 Minuten den Brand löschen. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Schlägerei

Am 18. Oktober 1925 gegen 8.45 Uhr abends entstand auf dem Schülershof zwischen zwei männlichen Personen, anscheinend aus Eifersucht, eine Schlägerei, in deren Verlauf einer der beiden durch Schlag mit einem Stock eine stark blutende Kopfwunde erlitt. Der Verletzte wurde zur Anlegung eines Notverbandes der Sanitätswache zugeführt.

Am Freitag

findet im großen Saal des „Volkspark" ein

Unterhaltungsabend der „Proletarischen Tribüne"

statt. Niemand versäume, an diesem Abend, der dem am Sonntag gezeigten Roten Rummel ebenbürtig sein wird, teilzunehmen.

Achtung, Bauarbeiter!

Am Mittwoch, dem 21. Oktober, abends ½8 Uhr, findet im „Volkspark" eine

Delegierten-Sitzung

statt. Jede Baustelle hat ihre Delegierten oder einen Vertrauensmann zu entsenden. Sitzungsgeld wird bezahlt. Verbandsbuch und Delegierten-Ausweis ist mitzubringen.

Ebenfalls findet am gleichen Tage eine

Lehrlings-Versammlung

im „Volkspark" statt. Alle Kollegen werden ersucht, die Lehrlinge auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Alle Lehrlinge müssen erscheinen.

Verband der ausgeschl. Bauarbeiter.

* **Die Bestimmungen der Stadt Halle über Gewährung von Zuschüssen zu den Sozialrenten an jüdische Arbeiter und ihre Hinterbliebenen,** die jetzt vom Magistrat herausgegeben sind, werden wir morgen im „Klassenkampf" veröffentlichen.

Ammendorf

Einheitskomitee für Jugenddelegationen. Freitag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" eine kurze Besprechung. Sammellisten von dort abrechnen. Alle Delegierten zur Jugenddelegiertenkonferenz nehmen daran teil. Das Komitee.

Merseburg. Tödlicher Motorradunfall. Am Sonnabend vormittag zwischen 11 und 12 Uhr ereignete sich auf der Straße Merseburg—Weißenfels in der Nähe des Weißenfelser Chausseehauses ein schweres Unglück. Der Buchhalter Kurt Lundershausen stürzte auf dem Wege nach Merseburg mit seinem Motorrade und blieb bewußtlos auf der Landstraße liegen. Die Insassen eines Personenkraftwagens fanden den Verunglückten und beförderten ihn sofort in das Weißenfelser Krankenhaus, wo er seinen Verletzungen bald darauf erlag. Wodurch der Sturz verursacht wurde, hat sich bis jetzt noch nicht aufklären lassen.

Neues aus aller Welt

Fünf Tote bei einem Eisenbahnunglück

Minden. Auf der Strecke Minden—Bad Oeynhausen ereignete sich ein furchtbares Eisenbahnunglück. Kurz vor Oeynhausen, bei Kilometerstein 76,4, nahe des Stellwerks Oeynhausen 6, arbeitete eine Streckenarbeiterkolonne. Eine von Oeynhausen kommende leer fahrende Lokomotive fuhr direkt in die Kolonne hinein. Fünf Mann waren sofort tot, vier Leichen konnten bisher identifiziert werden.

Bergwerksunglück in Steiermark

Aus Fohnsdorf (Steiermark) wird gemeldet: Infolge Versagens eines Aufzuges in der Kohlengrube der Alpinen Montangesellschaft zerschmetterte eine Förderschale, so daß es nicht möglich ist, die im Bergwerk in einer Tiefe von 300 bis 900 Meter in verschiedenen Stollen befindlichen 300 Arbeiter zutage zu fördern. Für die eingeschlossenen Arbeiter besteht keine unmittelbare Gefahr. Es wird aber mehr als einen Tag dauern, den Schaden zu beheben, um die eingeschlossenen Arbeiter herausholen zu können.

Typhusepidemie auch in Pommern

In Sehmsdorf sind 25 Personen an Typhus schwer erkrankt. Ein großer Teil von ihnen mußte in das Stargarder Krankenhaus gebracht werden. Die Seuche ist von einer polnischen Schnitterin eingeschleppt worden.

Eisenbahnkatastrophen

Ein Güterzug fuhr auf einen im Bahnhof Bressano-Bottarone (Strecke Mailand—Genua) haltenden Personenzug auf. 12 Personen wurden getötet und 20 verletzt, davon einige schwer.

Nach einer Meldung aus Kalkutta stießen in Nanlisa zwei Personenzüge in voller Fahrt zusammen, wobei mehrere Wagen vollkommen zertrümmert worden. Unter den Trümmern sind bisher etwa 20 Tote und 50 Verwundete hervorgezogen worden. Zu den Bergungsarbeiten sind Truppen entsandt worden. Die Ursache des Zusammenstoßes wird auf falsche Weichenstellung, nach einer anderen Darstellung auf Lösung der Weiche zurückgeführt.

Neue reiche Graphitlager

sind in der Nähe von Unda, im kleinen „Nettschinik", entdeckt worden. Ihre genaue Untersuchung ist nach Mitteilungen aus Tschita eingeleitet worden.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute, Dienstag, abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft: Liederabend.

Im Jugendsekretariat ½8 Uhr kombinierte Bezirks- und Ortsleitungssitzung.

Alle Genossen, welche Karten für den „Roten Rummel" erhalten haben, müssen dieselben bis 8 Uhr abends beim Genossen Kixel abrechnen.

•

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Ammendorf

Donnerstag, den 22. Oktober, abends ½8 Uhr, im „Burgkeller", Versammlung. Jedes Verbandsmitglied muß unbedingt pünktlich erscheinen.

•

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

1. Bezirk (Tauben- und Weingärtenschule): Dienstag, ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
2. und 3. Bezirk (Freiimfelder, Johannes-, Alte Volksschule, Hutten- und Lutherschule): Mittwoch, ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.
4. Bezirk (Hermann-, Schiller-, Friesen-, Gleichenstein- und Trothaschule): Dienstag, ½6 Uhr, im „Volkspark".

Donnerstag, 7 bis 9 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Mandolinen-Uebungsstunde. Alle Genossen und Genossinnen, die eine Mandoline haben, haben dort zu erscheinen.

Freitag, ½5 bis ½6 Uhr, haben alle Genossen und Genossinnen, die noch Material abrechnen müssen, in der Produktiv-Genossenschaft zu erscheinen. Alle Kassierer haben daselbst ebenfalls abzurechnen.

Freitag, ½6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Gemeinsamer Gruppenabend. Alle Mitglieder haben hierzu zu erscheinen.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle

Heute, Dienstag, den 20. Oktober 1925, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette": Sportkartell-Sitzung.

Alle Delegierten haben unbedingt zu erscheinen.

Weitere Resultate vom Sonntag

Askania 2. — Sportlust 2. 5 : 0.
Brachstedt 1. — Viktoria 2. 1 : 2.
Fortuna 2. — SSC. 2. 6 : 1.
Ammendorf 3. — ASC. 3. 7 : 1.
Gröbers 3. — Viktoria 3. 2 : 2.
Ammendorf Jugend — Askania Jugend 1 : 0.

Freier Wassersportverein, Halle. Morgen, Mittwoch, den 21. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Südpol" Sitzung des Gesamtvorstandes.

Verantwortlich: Max Lademann Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Merkenfeldstraße 14.

22]

Stepans Teppich

Eine Erzählung aus dem Leben der Wolgadeutschen von Béla Illés. Deutsch von Stefan J. Klein.

Weiter konnte er nicht reden. Die gequälte, zerlumpte, hungrige Menge lehnte sich auf. Aus den Menschen brachen furchtbare Stimmen hervor, Schaufeln, Hauen, verkrampfte Fäuste erhoben sich in die Luft, wilde Flüche, Drohungen, entschlossene Gelübde gellten.

„Heim ins Dorf! Heim! Heim!"

Dieser Ruf übertönte die übrigen.

Die Dorfarmen brachen auf. Die Flüche versiegten, aber die Verbitterung loderte weiter. Niemand wollte mehr hören, als er schon wußte, niemand fragte, niemand sagte etwas. Der Zug ordnete sich in Reihen, lohte sich wieder auf. Einer der Langbrüder begann zu singen, verstummte aber sofort, da er von den anderen angebrüllt wurde. Die hungrigen, schmutzigen, verbitterten Menschen liefen gleichsam um die Wette dorthin, wo sie den Feind wußten. Das Kinn an die Brust gedrückt, umklammerten sie mit festem Griff Haue und Schaufel.

Karl Schmidt befestigte an den Stiel der Haue sein altes rotes Tuch und hob diese Fahne in die Höhe.

14

Als Martin hinter sich die Tür zuschlug, begann der ganze Dorfrat auf einmal zu reden.

„Er wird das Dorf gegen uns aufhetzen! Er holt die Miliz!"

Kuttner gebot Schweigen, doch vernahm niemand seine Worte, und erst als er mit der Faust auf den Tisch schlug, begannen die anderen allmählich zu verstehen, daß er reden wolle.

„Dummheit!" rief er. „Wenn er das Dorf gegen uns hetzt, hole ich die Miliz. Und wenn die Miliz ins Dorf kommt, so geht es nicht gegen uns, denn wir sind der Sowjet."

„Gott weiß," sagte Müller, „ich bin dennoch der Ansicht . . . wie soll ich es nur sagen . . . mir gefällt dieser Wagner nicht, nicht einmal seine Frage verheißt Gutes . . ."

„Natürlich," antwortete Kuttner, „es ist natürlich nicht gut, daß wir einen solchen Menschen im Dorfe dulden müssen, doch können wir vorläufig nichts tun. Aber binnen eines Jahres konnten wir ja erlernen, daß diese Kommunisten gar nicht so gefährlich sind, wie man annimmt. Was kann denn dieser Wagner gegen uns ausrichten? Ich sagte ja, die Miliz kann er nicht gegen uns holen. Und aus eigener Kraft kann er uns höchstens am . . ."

„Aber es wäre trotzdem gut . . ."

„Was wäre gut?"

„Das ist es ja, was ich nicht weiß. Man müßte den Pfarrer fragen."

Dieser Vorschlag gefiel auch Kuttner. Es schadet niemals, die Verantwortung auf einen andern abzuwälzen.

„Ich werde mit ihm reden," erklärte er. „Werde ihm alles berichten, und Ihr werdet sehen, daß er mir in allem recht geben wird. In zwei Stunden wollen wir uns hier wieder versammeln, wiewohl ich dessen gewiß bin, daß wir nichts Neues zu besprechen haben werden, denn was wir taten, war im Interesse des Dorfes, und wer sich dagegen widersetzt, ist ein Feind des Dorfes, will die Hungersnot. Wir vertreten ausschließlich die Rechte des Dorfes, indem wir gegen die neue Hungersnot kämpfen. Da Ihr aber der Sache nicht sicher seid, sage ich, gut, handeln wir nicht nach meinen Worten, sondern tun wir das, was der Pfarrer uns rät."

Die Mitglieder des Dorfrates zerstreuten sich nicht. Daheim gab es ohnehin nicht viel zu tun, und schließlich ist ja das Dorf doch wichtiger, als die Arbeit im Haus. Nur Kuttner verließ das Gemeindehaus. Er lief heim, kleidete sich um, füllte eine große Düte mit Mehl und eilte zum Pfarrer. Dieser saß auf der Veranda und blätterte in aus Moskau erhaltenen Büchern. Das Buch, das er eben las, schien ihm nicht zu gefallen, denn er schüttelte mißbilligend den Kopf.

„Aber so was, aber so was," brummte er vor sich hin.

Kuttner küßte ihm die Hand und überreichte die mit Mehl gefüllte Düte. Der Pfarrer wies seinem Gaste mit der Pfeife einen Platz zum Sitzen und erkundigte sich nach Kuttners Gesundheit.

„Ich bin nicht krank!" antwortete Kuttner mit staunender Ungehaltenheit.

„Um so besser," erklärte der Pfarrer, „denn nichts ist ärger, als Kranksein. Ich lese gerade, es gibt so viel Krankheiten, daß die Menschen nicht ein, noch aus wissen . . . Und was für Krankheiten! Früher kannte man nicht einmal ihren Namen und jetzt sind sie da, ohne daß man gegen sie etwas tun könnte."

„Die Menschen sind schlecht," meinte Kuttner, „daher kommen die vielen Krankheiten. Auch jetzt — da können wir's wieder einmal sehen — aus Pokrovsk wird Saatkorn geschickt und da finden sich Leute, die es jenen geben wollen, die es nur auffressen. Sie spekulieren, wollen, daß wir die Felder nicht bestellen können, damit im nächsten Jahr abermals eine Hungersnot das Dorf heimsuche. Aber ich lasse gegen die Interessen des Dorfes nichts tun."

Der Pfarrer warf nur hiezwelen ein Wort dazwischen, während Kuttner ausführlich alles erzählte, Mayers Vorschlag, den Beschluß des Dorfrates, Martins Einspruch. Er fragte den Pfarrer, was seine Ansicht sei, bat ihn um Rat, doch sog dieser wortlos an seiner langstieligen Pfeife. Kuttner, der mit dem Pfarrer im Laufe des Jahres schon in vielen Lebenslagen gesprochen hatte, begann sich plötzlich sehr unbehaglich zu fühlen. Der Pfarrer will nicht reden, — das bedeutet Unheil. Er versuchte noch, dem Pfarrer auf die von ihm erlernte Art für eine zweideutige Aeußerung den Weg zu ebnen, doch ließ sich dieser nicht auf das Glis locken, und so wandte sich Kuttner schließlich mit einer direkten Frage an ihn:

„Wir sind doch im Recht?" fragte Kuttner. „Haben den richtigen Beschluß gefaßt?"

•

Der Pfarrer schaute Kuttner mit staunenden Augen an.

„Woher soll denn ich das wissen?" sprach er empört. „Ich verstehe mich auf weltliche Dinge nicht, aber selbst wenn ich mich auf sie verstünde — dürfte ich nicht in die Angelegenheiten des Dorfes dreinreden. Dies verbietet das Gesetz und ich achte das Gesetz und gebe dem Kaiser, was des Kaisers ist, damit ich Gott geben kann, was Gottes ist."

Kuttner verlor die Geduld.

„Ich frage," stieß er heiser hervor, „ob der Kommunist gegen uns etwas tun kann, oder nicht?"

„Wir sind alle in Gottes Hand," antwortete der Pfarrer.

Kuttner stieß unter sich den Sessel fort und rannte ohne Gruß hinaus. Er vergaß sogar seine Mütze beim Pfarrer, der sich mit dem Pfeifenputzer zu schaffen machte.

Auf der Straße, einige Schritte vom Pfarrhaus entfernt, war es Kuttner plötzlich, als knickten ihm die Knie ein. Seine Hände zitterten, auf seiner Stirn perlte Schweiß. Er mußte sich gegen einen Zaun lehnen.

„Zum Teufel auch . . .!" versuchte er sich mit einem Fluch zu ermutigen.

Er wurde irgendwie Herr seiner Beine, aber das Zittern seiner Hände wollte nicht vergehen. Es muß eine üble, sehr üble Gefahr drohen, wenn ihn der Pfarrer so schändlich im Stich läßt. G. P. U.? Nein, nein, er hat ja nichts Derartiges getan, und dennoch . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0007

Der Reichskongreß des KJVD.

Schlußbericht

Dritter Verhandlungstag

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages des Reichskongresses des KJVD. wurde ein Begrüßungsschreiben der Kommunistischen Proletarier-Jugend Oesterreichs, der nicht die Möglichkeit gegeben war, einen Vertreter zu dem Kongreß zu entsenden, verlesen. Ebenso wie das Begrüßungsschreiben der Zentrale der kommunistischen Studentenfraktion, sowie des Genossen Willy (JK.), der dem Kongreß vom Krankenlager ein Telegramm übersandte, wurde dieses Begrüßungsschreiben unter dem lebhaften Beifall aller Delegierten verlesen.

Sodann gab den

Bericht des Zentralkomitees

Genosse Conrad. Er führte aus: Die wichtigste Arbeit des KJVD., die schon in allernächster Zukunft in Angriff genommen werden muß, ist das Problem der Steigerung der Werbekraft. Insbesondere gilt es, die jungen Arbeiter, die heute noch den von der SAJ genährten Illusionen nachlaufen, zu gewinnen. Ebenso wie die Partei hat auch der KJV. bisher eine schlechte Massenarbeit im Sinne des Bolschewismus geleistet. Die bolschewistische Massenarbeit war bis heute die schwächste Seite unserer Arbeit überhaupt. Wir waren bisher als kommunistische Jugendliche noch keine bolschewistischen Massenmenschen. Aus diesem Grunde allein konnten wir keine bolschewistische Massenarbeit leisten.

In längeren Ausführungen zeigt daraus der Referent auf, wie schlecht unsere Arbeit bisher in den Bezirken war.

Der 8. Kongreß des KJVD., der in Leipzig stattfand, hatte für den Jugendverband die Bedeutung, die der Frankfurter Parteitag für die KPD. hatte. Der Leipziger Kongreß habe aber in einer Situation stattgefunden, die durchaus verschieden sei von der Situation, wie wir sie heute vor uns haben. Heute, da der Kampf um die Annahme des Dawes-Planes beendet sei mit der endgültigen Annahme dieses Diktats, gelte es, den Kampf um die Lastenverteilung zu organisieren. In diesem Kampf habe auch der KJVD. nicht die Arbeit geleistet, die notwendig gewesen sei. Trotz objektiv günstiger Situation hat der KJVD. nicht die Fortschritte gemacht, die er hätte machen können. Das sei nicht etwa wegen, sondern trotz der politischen Situation der Fall gewesen.

Der Redner meint, daß die heute von der Partei eingeschlagene Taktik insbesondere daher zu verteidigen sei, und daß diese Taktik daher ohne größere Gefahren durchzuführen sei, weil an der Spitze der Partei heute Genossen stünden, die seit Jahren der alten deutschen Linken angehörten, und zu denen man aus diesem Grunde Vertrauen haben könne, da sie die Gewähr gegen rechte Abweichungen gäben.

Unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hat im letzten Jahre nicht die Erfolge gezeitigt, die erzielt werden mußten. Zwar wurden die letzten Kampagnen des KJVD., insbesondere die Kampagne zum Internationalen Jugendtag im September, mit Erfolg durchgeführt; aber trotzdem waren die Mängel der Arbeit doch noch gewaltiger.

Die wichtigste Arbeit des Verbandes in der nächsten Zeit ist die Vorbereitung für Jungarbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland. Zur Vorarbeit dieser Jungarbeiterdelegationen müssen unter allen Umständen unter Führung des Jugendverbandes Betriebsversammlungen, Gewerkschaftsversammlungen, insbesondere aber Jungarbeiter-Kongresse in den einzelnen Bezirken organisiert werden. Besonderes Gewicht gilt es bei dieser unserer Arbeit auf die Gewinnung der heute noch in anderen proletarischen Jugendorganisationen organisierten Jungarbeiter zu legen. Nicht das letzte Glied in der Front für Sowjet-Rußland sind die Jungarbeiter, die heute noch in der SAJ. organisiert sind.

Was den organisatorischen Stand des KJVD. anbetrifft, so ist dieser im letzten Jahre stabil geblieben. Ebenso ist die Zahl der Betriebszellen gegenüber 1924 unverändert. Dies ist in Anbetracht der für die kommunistische Bewegung ungünstigen Situation im Berichtsjahre unbedingt als ein Erfolg zu bezeichnen.

Zu den nächsten Aufgaben übergehend, spricht Genosse Conrad insbesondere über das Problem der Steigerung der Werbekraft. Die SAJ. wird nicht nur im national-deutschen, sondern auch im internationalen Maßstabe ständig mehr zersetzt. Das beweist besonders die Situation in der österreichischen SAJ. Man muß aber leider feststellen, daß diese Linksorientierung im wesentlichen ohne unser Zutun vor sich gegangen ist. Das muß künftighin anders werden. Wir müssen die Linksorientierung der arbeitenden Jugend bewußt fördern. Auch für die proletarische Jugend Deutschlands gilt es, einen Freiberger zu schaffen. Innerhalb der freien Gewerkschaften müssen wir eine offizielle Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland senden. Auch der KJVD. muß dafür wirken, daß Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte der SPD. für diese Delegation eine umfangreiche Propaganda in ihrem Betriebe entfalten.

In diesem Zusammenhang kommt Genosse Conrad auf die Einheitsfrontaktik zu sprechen. Er meint, daß auch Verhandlungen mit den Spitzen, Stellungnahme zu Regierungsfragen usw. dazu notwendig seien. Bisher sei die Arbeit des KJVD. in dieser Beziehung noch mangelhaft gewesen. Wo hat es der KJVD. durchgesetzt, daß Betriebsvertrauensleute der arbeitenden Jugend gewählt wurden? Das ist nur in außerordentlich wenigen Fällen geschehen. Diese Tatsache ist um so unerhörter, als die notwendige Arbeit noch nicht einmal in den Bezirken geleistet worden ist, in denen die KPD. wichtige Positionen in der Hand hat (Ruhrgebiet). Sachliche Mitarbeit in den Gewerkschaften müsse geleistet werden, ohne allerdings jemals die Rolle der Partei zu verkennen, ohne zu verkennen, daß die sozialdemokratischen Führer die Todfeinde des revolutionären Proletariats sind. Den Jungarbeitern gilt es, zu zeigen, daß wir tatsächliche Arbeit für die freien Gewerkschaften leisten. Wo kommunistische Jugendliche im Betrieb sind, darf es keinen Unorganisierten mehr geben. Den Jungarbeitern müssen wir beweisen, daß wir allein die Vertreter aller ihrer Forderungen sind.

Ganz besonderes Gewicht muß mehr als bisher auf unsere Arbeit unter der arbeitenden Jugend auf dem Lande gelegt werden. Diese, wie jede andere Arbeit, ist in engster Verbindung mit der Partei zu leisten. Bolschewistische Massenarbeit — das sei unsere Losung in jeder künftigen Situation.

Dem Bericht der Zentrale folgt der Bericht der Mandatsprüfungs- und der Revisionskommission. Danach spricht der Genosse Jonny über unsere Gewerkschaftsarbeit, die zwar theoretisch schon seit langer Zeit eine Grundlage hat, aber praktisch nie so durchgeführt wurde, wie es notwendig war. Die Arbeit unserer Fraktionen in den Jugendsektionen der Gewerkschaften muß verstärkt werden; die Voraussetzungen für diese Arbeit müssen geschaffen werden. Unser Ziel ist, die fünf Millionen junger Arbeiter, die es in Deutschland gibt, in den freien Gewerkschaften zu organisieren, trotzdem die reformistischen Gewerkschaftsführer, die kein Interesse an der Organisierung der objektiv leichter für die rote Front zu gewinnenden Jungarbeiterschaft haben, diese Organisierung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sabotieren.

Nach dem Genossen Jonny spricht Genosse Arno über die Betriebsarbeit des KJVD. „Das Gesicht nach den Betrieben!" ist unsere Parole. Um diese Losung in die Tat umzusetzen, heißt es, Reorganisationspläne in ähnlicher Weise aufzustellen, wie das die Partei bereits in letzter Zeit getan hat.

Nach einer längeren Pause wird über die Resolutionen zur Taktik der Partei und zum Bericht der Zentrale abgestimmt. Ueber das Ergebnis der Abstimmungen berichteten wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe. Den Abstimmungen über die genannten Resolutionen folgte die Wahl des neuen Zentralkomitees. Danach sprachen unter dem begeisterten Beifall der Delegierten die Vertreter des italienischen Jugendverbandes und des Jung-Spartakus-Bundes. Diesen Begrüßungsansprachen folgte die Diskussion über den Bericht der Zentrale, in der die Genossen der einzelnen Bezirke ihre Erfahrungen aus der vergangenen Arbeit austauschten.

Nach dem Schlußwort des Genossen Conrad fand die Sonnabendsitzung ihr Ende.

Vierter Verhandlungstag

Am Sonntag wurden zunächst die Abstimmungen über die einzelnen Resolutionen (zur Arbeit unter den Gegnern, zur wirtschaftlich-gewerkschaftlichen, zur Reorganisationsarbeit usw.) vorgenommen. Sämtliche Resolutionen fanden gemäß den gemachten Vorschlägen mit einigen Abänderungsanträgen Annahme.

Den Abstimmungen folgte der Bericht eines russischen Jugendgenossen über die Lage der Jungarbeiter in Sowjet-Rußland. Dieser Bericht wurde vom Kongreß mit voller Aufmerksamkeit entgegengenommen. Besonders bemerkenswert ist aus dem Bericht des russischen Jugendgenossen, daß der KAJV. bereits 1 550 937 Mitglieder zählt.

Das Schlußwort des Genossen Conrad zum Kongreß hatte das Leitmotiv: „An die Arbeit!" Mit dem Gesang der „Internationale" wurde am späten Nachmittag des Sonntag der 9. Reichskongreß des KJVD. geschlossen.

An die Parteimitgliedschaft der KPD. Bezirk Halle-Merseburg!

Parteigenossinnen und -genossen!

Durch Rundschreiben des Pol-Bureaus der Bezirksleitung Halle-Merseburg habt Ihr Kenntnis erhalten, daß einige Genossen sich erlaubten, entgegen den Parteibeschlüssen organisierte Fraktionen zu bilden. Die in Frage kommenden Genossen sind vom ZK. unserer Partei für ihr Tun zur Rechenschaft gezogen worden. Das Pol-Bureau des ZK. wendet sich mit folgender Entschließung an die Parteimitgliedschaft unseres Bezirks:

Entschließung

Das Pol-Bureau des Zentralkomitees der KPD. hat zur fraktionellen Arbeit einer Gruppe von rechts eingestellten Genossen im Bezirk Halle-Merseburg Stellung genommen. Das Pol-Bureau billigt das energische Eingreifen der Bezirksleitung Halle-Merseburg gegen die Bildung einer organisierten rechten Fraktion. Die Freiheit der Diskussion darf nicht zu einer organisatorischen Zerreißung der Partei mißbraucht werden. Das Pol-Bureau stellt ferner fest, daß die rechte Gruppe im Bezirk Halle-Merseburg vorgibt, sich vorbehaltlos auf den Boden des Ekki-Briefes zu stellen. Wenn gleichzeitig diese Gruppe durch eine organisierte rechte Fraktion die Autorität der Bezirksleitung — die selbst nach dem Eingeständnis eines Fraktionsrundschreibens der rechten Gruppe ehrlich auf dem Boden des Ekki-Briefes und der Politik der Komintern steht — zu untergraben versucht, dann ist das eine Methode der doppelten Buchführung, die im Ekki-Brief aufs schärfste verurteilt wurde. Letzten Endes ist diese Stellungnahme der rechten Gruppe die Organisierung des Kampfes gegen die Politik der Komintern und gegen den innerpolitischen Kurs, der im Ekki-Brief vorgeschlagen wird.

Das Pol-Bureau verurteilt aufs entschiedenste das Vorgehen der rechten Gruppe im Bezirk Halle-Merseburg und verwarnt diese Genossen auf das ernsteste.

Pol-Bureau des ZK. der KPD.

Gewerkschaftliches

Ein Nachwort zu der Bezirkskonferenz des ADGB. in Magdeburg

Um auch den Arbeitern im Betrieb ein genaues Spiegelbild von der Magdeburger Konferenz des ADGB. zu geben, erscheint es angebracht, dem bereits im „Klassenkampf" gebrachten chronologischen Bericht noch ein Nachwort folgen zu lassen.

Wie sehr man Wert darauf legt, möglichst Arbeiter aus den Betrieben von diesen Konferenzen fernzuhalten, beweist schon allein die Tatsache, daß von den 151 Delegierten 38 Gau- und Bezirksleiter waren, außerdem befanden sich unter den noch übrigbleibenden 118 Delegierten noch eine große Anzahl Ortsangestellte, so daß von einer überwiegenden Vertretung der Mitgliedschaft aus den Betrieben ernsthaft nicht gesprochen werden kann.

Diesem Verhältnis entsprach auch die Einstellung der Konferenzmehrheit und -leitung gegenüber der Opposition, die sich, 23 Kollegen stark, mit einer Ausnahme, nur aus im Betrieb Beschäftigten zusammensetzte. Nicht zu verstehen ist die Brutalität, mit der die Konferenzmehrheit gegen die Opposition vorging; man hat sich durch seine Mehrheitsbeschlüsse soweit verrannt, daß 25 000 bis 30 000 Kollegen im Bezirk von jeder gewerkschaftlichen Arbeit nicht nur auf der Konferenz, sondern auch für die Folgezeit ausgeschaltet sind. Das nennt sich Demokratie, die wir ja von dieser Seite (von den Gegnern jeglicher Diktatur) zur Genüge kennen und erneut kennen gelernt haben in der Diskussion zu den beiden Tagesordnungspunkten, die jedesmal, wenn sie der Konferenzleitung gefährlich zu werden drohte, durch Schlußanträge abgewürgt wurde. Dieses zur tatsächlichen Feststellung der Vorgänge auf der Konferenz und zur Begründung für die Herausgabe dieses Nachwortes.

Ein näheres Eingehen auf den Geschäftsbericht erübrigt sich an dieser Stelle, da derselbe, abgesehen von der üblichen Kommunistenhatz, sehr dürftig war, nichts Wesentliches brachte und auch keinerlei Perspektive aufzeigte für die zukünftigen wichtigen Aufgaben, mit denen sich eine so wichtige gewerkschaftliche Institution, wie der Bezirksausschuß Sachsen-Anhalt, zu beschäftigen hätte. Wir meinen damit nicht den von unseren Konferenzgegnern mehrfach erwähnten spontanen Generalstreik, werden auch an dieser Stelle unsere Vorschläge nicht zum Besten geben, sondern behalten uns vor, das dann zu tun, wenn erneut Gelegenheit zum Diskutieren eines Geschäftsberichtes gegeben ist.

Vielmehr wollen wir uns befassen mit der einsetzenden Aussprache, die wiederholt Angriffe gegen uns brachte, die aber auf Grund der famosen demokratischen Geschäftsführung auf der Konferenz selbst nicht zurückgewiesen werden konnten. Zwei Gauleiter, von denen man dem einen bestimmt jede Kenntnis eines Großbetriebes absprechen muß, betonten, daß die kommunistische Putschtaktik dazu geführt habe, daß von einer einflußreichen gewerkschaftlichen Organisation heute in den meisten Betrieben nichts mehr zu spüren sei. Das beziehe sich auch auf das Wittenberger Industriegebiet wo als besonders traurig die Tatsache festzustellen sei, daß nicht genügend freigewerkschaftliche Angestelltenvertreter für den Betriebsrat gefunden werden könnten.

Es ist eine sehr lohnende Aufgabe, auf diese Dinge näher einzugehen. Zu der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung ist zu sagen, daß dieselbe im genannten Industriegebiet in genügender Stärke vorhanden ist, um selbständig eine Liste aufzustellen. Man brauchte nicht, wie es dieses Jahr in den „Mitteldeutschen Stickstoffwerken Piesteritz" geschehen ist, eine gemeinsame Angestelltenliste mit Harmonieverbändlern, Jungdo- und Stahlhelmleuten aufzustellen. Ueber die tiefer liegenden Ursachen soll hier nicht gesprochen werden, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man habe dem Unternehmertum Material in die Hände geliefert. Ferner muß zu der Angestelltenfrage noch besonders gesagt werden. Daß nicht dadurch eine gute, gewerkschaftliche Organisation im Betrieb erreicht werden kann, daß Angehörige vaterländischer Verbände usw. im Betrieb begünstigt werden, sondern jeder freigewerkschaftlich organisierte Werkmeister müßte besonderen Stolz auf eine restlos durchgeführte freigewerkschaftliche Organisation in seinem Betrieb legen, dann würde auch das gute Verhältnis zwischen freigewerkschaftlichen Angestellten und Arbeitern, das der Bezirksleiter des Deutschen Werkmeisterverbandes (Halle) so sehnlichst herbeiwünschte, baldigst zur Tat werden.

Nun zu der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter im Industriebezirk Wittenberg, die nach der Meinung des Gauleiters vom Fabrikarbeiterverband in Magdeburg durch die Tätigkeit der kommunistischen Schreier Hildebrandt und Behnke bedeutend abgenommen haben soll. Hier befindet sich der Gauleiter Tolski in einem gewaltigen Irrtum, auf den besonders hingewiesen werden muß.

Die Inflation brachte es mit sich, daß, wie überall, auch im hiesigen Industriebezirk Einschränkungen in den Ausgaben der Verwaltungsstellen gemacht werden mußten, die sich bei der hiesigen Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes dahin äußerten, daß einer von den drei vorhandenen Angestellten vorläufig abgebaut werden sollte. Verwaltung und Generalversammlung kündigten wiederholt nahezu einstimmig dem ersten Angestellten Feustel, der durch seine wenig konsequente Haltung besonders im letzten Jahre nur noch sehr geringe Sympathien bei den Mitgliedern besaß. Gauleitung und Vorstand waren anderer Meinung. Feustel erschien ihnen als das geeignete Werkzeug zur Durchführung ihrer Maßnahmen, und entgegen allem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, entgegen dem Statut, schlossen sie den dritten Angestellten, Genossen Hildebrandt, und das Verwaltungsmitglied Genossen Behnke wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" aus dem Verband aus, um damit auch den zurzeit vorhandenen, unbequemen kommunistischen Angestellten loszuwerden. Den meisten werden diese Tatsachen noch in Erinnerung sein, es ist an dieser Stelle eingehend darüber geschrieben worden. Wir möchten aber jedem einzelnen, besonders dem Gauleiter Tolski, ins Gedächtnis zurückrufen, daß Genosse Hildebrandt in der schlimmsten Inflationszeit und bis zu seinem Ausschluß, als eine Reihe Unterkassierer versagten, Woche und Sonntag unermüdlich selbst die Hauskassierung vorgenommen hat. Genosse Hildebrandt war es, der sein bestes Können darein setzte, die Zahnaer Mitglieder der Organisation zu erhalten, im Gegensatz zu Feustel, der keinen Finger darum rührte und nach seinen eigenen Auslagen ruhig zusehen konnte, wenn die dortigen Kollegen indifferent oder Unionisten wurden.

Nein, nicht Gewerkschaftsschädigung diente als Grund, sondern die Zugehörigkeit der Genossen Hildebrandt und Behnke zur KPD. (letzterer war Führer der Fraktion) gab dem Vorstand Veranlassung zum Ausschluß. Feustel war ihnen zu wichtig, als daß sie sich mit seiner rechtmäßig ausgesprochenen Kündigung hätten abfinden können. Wir erinnern ferner an das Verhalten Feustels gelegentlich der Wahlen zum Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Wittenberg, der einer Vorschlagsliste des Ortsausschusses seine Sonderliste des Fabrikarbeiterverbandes entgegenstellte, nur deshalb, weil seine bedeutende Persönlichkeit ganz einfach auf der Vorschlagsliste des Ortsausschusses nicht vertreten war. Noch manche andere Tatsache könnte man dem Gauleiter Tolski entgegenhalten, er kann sie sich selbst von den hiesigen Arbeitern sagen lassen, aber er ist auch einer von denjenigen, die immer den besseren Teil der Tapferkeit wählen. Wenn also ein vorübergehender Rückgang der Mitgliedschaft zu verzeichnen ist, der aber unbedingt durch unsere Gewerkschaftsarbeit wieder wettgemacht werden wird, so glauben wir, mit Vorstehendem nachgewiesen zu haben, daß nicht die Kommunisten, sondern die diktatorischen Maßnahmen des Hauptvorstandes und der Gauleitung Schuld an diesen Verhältnissen tragen.

Anschließend an diesen Artikel bringen wir noch die Erklärung der Opposition zur Wahl des Bezirksausschusses, die allerdings in der sozialdemokratischen Presse nicht veröffentlicht wurde.

Das Referat über die „Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Breslau" soll der Wichtigkeit wegen, und da darüber eine ausführliche Debatte unsererseits ebenfalls nicht möglich war, in einem weiteren Artikel behandelt werden. O. Chemnitz (Wittenberg).

Erklärung der Opposition zur Wahl des Bezirksausschusses

„Durch Ablehnung der zwei oppositionellen Kollegen für die Wahl des Bezirksausschusses sind 25 000 bis 30 000 Gewerkschaftskollegen im Bereich des Bezirksausschusses Sachsen-Anhalt des ADGB. ohne Vertretung im Bezirksausschuß geblieben.

Dieses Vorgehen der Bezirkskonferenz trägt bestimmt nicht dazu bei, den Gedanken der gewerkschaftlichen Einheitsbewegung zu fördern, sondern schließt dadurch große Mitgliedschaften von jeder aufbauenden Tätigkeit innerhalb des Bezirksausschusses aus, was in krassem Widerspruch zu der gerade von der Konferenzmehrheit so oft betonten notwendigen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften steht.

Trotz dieser Tatsachen erklärt die Opposition, unermüdlich im Sinne der gewerkschaftlichen Einheit weiterzuarbeiten zur Erreichung einer klassenbewußten, revolutionären Gewerkschaftsbewegung im nationalen sowie internationalen Maßstabe."

Streikbeschluß der Arbeiter der Berliner Gas- und Wasserwerke

Berlin, 19. Oktober. (Telunion.) Die Abstimmung über den Schiedsspruch für die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke hat eine Zweidrittelmehrheit für die Arbeitsniederlegung ergeben. Die zur Abstimmung stehende Frage lautete: Annahme des Schiedsspruches oder Streik. Eine Funktionärversammlung wird noch über die Maßnahmen der Arbeiter beschließen. Wie der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitteilt, werden die Funktionäre weiteren Verhandlungen mit den Direktoren nicht ausweichen, doch ist die Lage immerhin sehr ernst.

Zu den Massenkündigungen im Waldenburger Bergbaurevier

Waldenburg, 19. Oktober. (Telunion.) Die neuen Verhandlungen über die Lohnstreitigkeiten haben unter Vorsitz des Breslauer Regierungspräsidenten nunmehr zu einer Einigung der Parteien geführt. Die Kündigungen der ca. 30 000 Arbeiter sind von den Arbeitgebern zurückgenommen worden in der Erwartung, daß der heute in Berlin mit dem Minister des Innern verhandelnde Ausschuß des Preußischen Landtages die für das Waldenburger Gebiet als unerläßlich bezeichnete Hilfsmaßnahmen durchsetzen kann. Der 15prozentige Lohnabbau ist fallen gelassen worden. Ein neuer Tarifvertrag soll abgeschlossen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251020-16/fragment/page=0008